

# Demokrat

Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Postskraml 57544.

Inserate werden laut Tarif  
billig berechnet. Bei öfteren  
Einschaltungen Preisnachsch.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus  
oder bei Bezug durch die  
Post

monatlich . . . Kz 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzjährig . . . 192.—

Kaufstellung  
von Manuskripten erfolgt  
nur bei Einlegung der  
Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

## Eine Regierung der Agrarzölle?

Von der neuen Regierung, die uns wohl  
in einigen Wochen beschert sein wird, erhoffen  
die bestehenden Klassen auf dem Lande das Pa-  
radies auf Erden. In der agrarischen Presse  
wird in der letzten Zeit immer lauter der Ruf  
nach den Agrarzöllen erhoben und da der füh-  
rende Mann des neuen Ministeriums wohl ein  
Mitglied der tschechischen Agrarpartei sein  
wird, ist die Gefahr, daß tatsächlich Zölle auf  
die wichtigsten Getreidearten gelegt werden,  
unmittelbar geworden. Die Arbeiterschaft muß  
sich schon jetzt wappnen, um dieser drohenden  
Gefahr einer neuerlichen Erschwe-  
rung ihrer Lebenshaltung zu be-  
gegnen.

Das Steigen der tschechischen Krone gegen-  
über den Valuten der uns umgebenden Staa-  
ten und den Edelmetallen des Westens hat auf  
die Preisverhältnisse im Inland nur wenig  
eingewirkt. Wohl ist die Krone an der Zürcher  
Börse gestiegen, sie ist um einige Centimes  
mehr wert geworden, aber im Inland hat man  
nichts davon gemerkt. Die Preise aller Lebens-  
und Bedarfsartikel sind auf derselben Höhe ge-  
blieben. Ja bei einem der wichtigsten Nah-  
rungsmittel der Bevölkerung, beim Fleisch,  
kann man die Beobachtung machen, daß der  
Preis bedeutend gestiegen ist. Trotzdem wir  
mit der Versicherung getrostet werden, daß un-  
sere Krone mehr wert ist als im vorigen Jahr,  
müssen wir im heurigen Sommer für ein kilo-  
gramm Fleisch etwa dreimal soviel zahlen, als  
im vorigen Jahr, obwohl unsere Krone damals  
im Wert tiefer stand. Nur der Preis des Ge-  
treides, insbesondere der Weizenpreis, ist in  
der letzten Zeit heruntergegangen, weil hier  
entscheidend ist der Weltmarktpreis, der sich  
heute naturgemäß in tschechischen Kronen  
niedriger stellt als etwa zur Zeit der Mobili-  
sierung im Oktober. Das Sinken des Getreide-  
preises ist es nun, welches die Agrarier auf den  
Plan ruft. Die Großbauern fürchten sich nicht  
mehr so die Profite machen zu können wie  
in der Zeit, da ihnen der Arbeiter das letzte  
Semel verkaufen mußte, nur um die hungrigen  
Mägen seiner Kinder zu füllen und deswegen  
sehen die Herren Großagrarien Himmel und  
Hölle in Bewegung, um den Preissturz des  
Getreides aufzuhalten. Sie verlangen Getreide-  
zölle, damit sie schrankenlos die Preise dik-  
tieren können und ihnen das ausländische Ge-  
treide im Inland keine Konkurrenz machen  
kann.

Allgemein ist die Klage über die furcht-  
bare Wirtschaftskrise, unter der die Bevölke-  
rung dieses Staates leidet. Die industrielle  
Bourgeoisie sucht dieser Krise Herr zu werden,  
indem sie die Produktionskosten dadurch her-  
untersetzen will, daß sie den Arbeitern die  
Löhne kürzt. Aber gerade dadurch wird die  
Konsumtionsfähigkeit der Bevölkerung noch  
mehr eingeschränkt und die Industrie, die dar-  
über klagt, daß sie die ausländischen Absatz-  
märkte verliert, verliert dadurch auch noch den  
Absatz im Inland. So führen die Rezepte der  
industriellen Bourgeoisie dazu, die Krankheit  
des Patienten, welcher die Volkswirtschaft un-  
seres Staates ist, zu vermehren. In dieser kri-  
tischen Situation kommen nun die Agrarier  
mit der Forderung nach Getreidezöllen. Da-  
durch würden die Lebensmittel verteuert wer-  
den, ebenso die Produktionskosten der Industrie  
noch mehr in die Höhe gehen, die Konkurrenz-  
fähigkeit der tschechoslowakischen Industrie ge-  
genüber der ausländischen weiter herabgemind-  
ert werden. Andererseits besteht die Gefahr,  
daß sich die Getreideüberschüssländer für unsere  
Agrarzölle dadurch rebanisieren, daß sie sich  
gegen die Einfuhr tschechoslowakischer Indus-  
trieartikel ihrerseits durch Industriezölle ab-  
sperrten. So würden die Agrarzölle  
dazu dienen, die gegenwärtige  
Wirtschaftskrise in unerträg-  
licher Weise noch zu verschärfen.

Die für die Arbeiterschaft schwierigen Le-  
bensverhältnisse machen einen Ausbau der so-  
zialen Fürsorge zur bringenden Notwendigkeit.  
Seit Jahrzehnten wartet die Arbeiterschaft auf  
die Sozialversicherung, welche die

## Der internationale Bergarbeiterkongreß.

Frankfurt a. M., 7. August. (Tsch. P.-B.)  
Der internationale Bergarbeiterkongreß wurde  
heute mit einer Begrüßungsfeier, verbunden mit  
einer Erinnerungsfeier an den verstorbenen  
Abgeordneten Hue und einem wirkungs-  
vollen Protest gegen den Versailler  
Vertrag, eröffnet. Reichstagsabgeordneter  
Osterroth hieß als Vertreter des Reichsar-  
beits- und des Reichswirtschaftsministeriums die  
ausländischen Gäste willkommen und wies in  
einer Ansprache auf die mißliche Lage Deutsch-  
lands hin. Der Vorsitzende des deutschen Berg-  
arbeiterverbandes Husemann sprach den stre-  
kenden amerikanischen Arbeitern die Sym-  
pathien aus und wünschte, daß der Kongreß einen  
Markstein bilden solle auf dem Wege zum Siege  
der Arbeiterinternationale. Sodann ergriff der  
Engländer Frank Hodges das Wort und  
stellte als die sorgfältigst abgewogene Meinung  
der britischen Arbeiterbewegung fest, daß der Ver-  
sailler Vertrag von Grund auf geändert werden  
müsse und nicht, wie es jetzt geschieht, stückweise  
und langsam, sondern in kürzester Frist und in  
radikaler Weise, weil sonst jede Hoffnung schwin-  
den müsse auf nationalen und internationalen  
Aufbau. Der Kongreß tagte in einer Periode des  
wirtschaftlichen Niederganges und der Reaktion.  
Sie sei die unermessliche Folge des Krieges. Für  
die Arbeiter sei es eine elementare Wahrheit, daß  
die Wohlfahrt Deutschlands, Österreichs und Un-  
garns auch die Englands, Frankreichs und Bel-  
giens sei. Trotzdem sei die ganze nationale und  
internationale Politik auf der Annahme des Ge-  
genteiltes aufgebaut. Die Folge sei ein allgemeines  
Chaos. Er drückte nur die wohlüberlegte Mei-  
nung der britischen Arbeiter aus, wenn er sage,  
der Versailler Vertrag müsse von Grund auf ge-  
ändert werden, nicht wie es jetzt geschieht stück-  
weise und langsam sondern in kürzester Frist  
und in radikaler Weise, sonst muß die Hoffnung  
auf einen Aufbau in allen Ländern schwinden.

Frankfurt, 7. August. In der heutigen  
zweiten Sitzung des internationalen Berg-  
arbeiterkongresses wurde der Engländer Franz  
Hodge wieder zum Generalsekretär  
der Bergarbeiterinternationale gewählt. Der zum  
Vorsitzenden für die heutige Verhandlung ge-  
wählte Engländer Smith gab in seiner Er-  
öffnungsrede einen Rückblick über die Arbeiten  
des internationalen Bergarbeiterverbandes seit  
der Genfer Konferenz im Jahre 1920. Er ver-

sicherte den deutschen Kameraden, daß man fest  
entschlossen sei, im Geiste der Brüderlichkeit zur  
Verbesserung der Lage, in der sich  
Deutschland befinde, zu tun, was man tun  
könne. Ein Antrag des rumänischen Berg-  
arbeiterverbandes auf Zulassung  
der Bergarbeiterinternationale wurde zunächst  
abgelehnt, bis das genaue Ziel der russischen  
Organisation festgestellt sein wird. Einen breiten  
Raum nahm die Erörterung eines von Franz  
Hodge begründeten Antrages auf internatio-  
nale Vereinheitlichung der Arbeits-  
bedingungen ein. Nachdem Engländer,  
Franzosen und Deutsche dazu gesprochen hatten,  
wurde mit 86 gegen 13 Stimmen folgende

### Entschließung

angenommen:

Der Vorstand des internationalen Berg-  
arbeiterbundes wird beauftragt, ein einhei-  
liches Programm für die im Bergbau  
aller Länder durchzuführenden Ziele und For-  
derungen zu entwerfen, und zwar möglichst  
auf der Grundlage des im Laufe der Zeit von  
der Konferenz des internationalen Berg-  
arbeiterbundes gefassten Beschlüsse. Zugleich  
werden die der Bergarbeiterinternationale an-  
gehörigen Landesverbände, bezw. Zentralver-  
bände aufgefordert, alles zur Verwirklichung  
dieser Ziele und Forderungen anzustreben. Als  
erster Schritt auf dem Wege der Vereinheit-  
lichung der Arbeitsbedingungen werden alle  
bergbau-treibenden Länder der Welt die einzel-  
nen Länder verpflichtet, in jeder nur mög-  
lichen Weise die Bemühungen aller anderen Län-  
der zur Erreichung dieser Ziele und Forderun-  
gen zu unterstützen.

Die Forderung, den Bergarbeiter einen grö-  
ßeren Urlaub und die Weiterzahlung  
des Lohnes zu gewähren, begründete ein-  
gehend Lombard (Belgien). Da diese Forde-  
rung den einzelnen Ländern zur Durchführung  
überlassen werden soll, stimmten die Franzo-  
sen dagegen, die eine internationale  
Regelung der Frage wünschen.

Im ganzen sind auf dem Kongresse 519 De-  
legierte aus Deutschland, Belgien, Frankreich,  
England, Amerika, Holland, Luxemburg, Öster-  
reich, der Tschechoslowakei, Ungarn und Jugo-  
slawien anwesend, welche 2.108.800 Bergarbeiter  
vertreten.

## Aufschub der Ausgleichs- und Reparationszahlungen.

Ein englischer Antrag. — Verhandlung nach der Londoner Besprechung.

Paris, 6. August. (Tsch. P.-B.) Die Re-  
parationskommission veröffentlicht folgenden An-  
trag des englischen Delegierten Sir John Brad-  
bury: Auf Grund der gegenwärtigen Finanz-  
lage Deutschlands und des Zusammenbru-  
ches der Mark ist die Reparationskommission  
der Ansicht, daß es notwendig geworden ist, für  
den Rest des Jahres 1922 alle auf Grund  
der Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage  
von Deutschland in ausländischen Devisen zu lei-  
stenden Barzahlungen zu suspendieren. Die  
Kommission empfiehlt also den alliierten Regie-  
rungen, alle Zahlungen auf Grund des  
Ausgleichsverfahrens zu suspendieren  
unter der Bedingung, daß die von der deutschen  
Regierung für diese Operationen angebotene  
monatliche Summe von 500.000 Pfund an  
die Reparationskommission abgeführt und von  
dieser zu einem später zu bestimmenden Zwecke  
verwendet wird. Wenn die alliierten Regierun-  
gen diese Empfehlung annehmen, ist die Re-  
parationskommission bereit, die Zahlungen zu sus-  
pendieren, die für das Jahr 1922 von den Re-  
parations-

ationen in Bar zu entrichtenden Summen noch  
zu bezahlen sind. Der Betrag der auf diese Weise  
suspendierten Zahlungen wird in derselben Weise  
übertragen wie die durch den Kommissions-  
beschluss vom 21. März aufgeschobenen Zah-  
lungen.

Wegen des dringlichen Charakters der  
derzeitigen Lage hat die Kommission es nicht  
für notwendig erachtet, für das neue Jahr 1922 zu  
gewährende Moratorium neue Bedingun-  
gen zu stellen. Es wird indes notwendig sein,  
den Betrag der in den Jahren 1923 und 1924  
von Deutschland zu leistenden Zahlungen zu be-  
stimmen. Die Frage der für jeden Zahlungsaus-  
schub zu stellenden Bedingungen (die notwen-  
digerweise strenger sein werden als die des  
laufenden Moratoriums) wird als Bestandteil die-  
ser Entscheidung mit in Erwägung gezogen  
werden.

In ihrer Sitzung vom 3. August hat die Re-  
parationskommission mit drei gegen eine Stimme  
beschlossen, die Beratung dieses Planes bis nach  
der Londoner Konferenz zu verschieben.

tschechischen Regierungsparteien in ihr Pro-  
gramm aufgenommen haben. Statt der Sozial-  
versicherung will man nun der Arbeiterschaft  
Agrarzölle bieten, statt für die Invaliden der  
Arbeit zu sorgen, für die im Kampf ums Da-  
sein alt gewordenen Arbeiter einen sorgenlosen  
Lebensabend zu schaffen, will man der gefam-  
ten Arbeiterklasse die Existenz erschweren. Ob  
sich das bei den beiden sozialistischen Parteien,  
welche in der Regierung Venes ebenso vertreten  
sind, wie sie in der neuen Regierung sein  
werden, angehörigen Arbeiter gefallen lassen  
werden, ist freilich eine andere Frage. Die  
Agrarzölle werden so zum Prätext werden,  
ob die neue Regierung nicht noch mehr  
unter dem völligen Einfluß der bürgerlichen

Parteien stehen wird als die Regierung Venes.  
Die tschechischen Arbeiter werden zu zeigen ha-  
ben, ob ihnen die von der Bourgeoisie gerade  
jetzt in den Himmel gehobene allnationale Ko-  
alition lieber ist, als die Besserung der mate-  
riellen Existenzbedingungen, unter denen sie  
leben. Wenn die tschechischen Regierungspar-  
teien wirklich daran denken, Agrarzölle einzu-  
führen und damit die notwendigen Lebens-  
mittel den breiten Massen der Bevölkerung zu  
verteuern, dann zünden sie ein Feuerchen an,  
in dem ihre allnationale Koalition, die — wie  
aus der Bifeler Rede des Abgeordneten Dr.  
Rasin herborgeht — insbesondere den Ratio-  
naldemokraten am Herzen liegt, verbrennen  
kann.

## Die Einigung der Arbeiter- jugend.

Von Ernst Paul (Leptitz-Schönan).

Seit 1907 ist die sozialistische Jugendbewe-  
gung international vereinigt. Anlässlich des  
Stuttgarter Sozialistenkongresses traten auch  
Vertreter der bestehenden sozialistischen Jugend-  
organisationen zusammen und gründeten die  
Internationale Vereinigung sozialistischer Ju-  
gendorganisationen. Die Vereinigung, deren  
Sitz bei Kriegsausbruch in Wien war, wurde  
gleich der Internationalen Partei durch den  
Krieg außer Funktion gesetzt und überlebte die-  
sen nicht. Zwar fanden sich auch während der  
Kriegszeit einigemale die Vertreter der Jugend-  
organisationen einiger Länder zusammen, doch  
hatten diese Rumpfbesprechungen zur Folge, daß  
diese Organisationen immer mehr in ein extre-  
mes Fahrwasser gerieten. Im Dezember 1919  
gründeten diese Organisationen die kommunisti-  
sche Jugendinternationale.

Es wäre damals möglich gewesen, eine all-  
umfassende Jugendinternationale, in der auch  
die sozialistischen Jugendorganisationen Platz ge-  
habt hätten, zu schaffen. Allein das lag nicht in  
der Absicht der Veranstalter dieser Konferenz.  
Dem Exekutivkomitee der dritten Internationale  
wurde ausdrücklich die Gründung einer kommuni-  
stischen Jugendinternationale verlangt und die  
Nichtzulassung sozialdemokratischer Jugendorga-  
nisationen gefordert. Die Tätigkeit dieser kommuni-  
stischen Jugendinternationale ist bekannt, sie  
führte fast in allen Ländern, wo Jugendorgani-  
sationen waren, zu deren Zerschlagung und damit  
zu einer Schwächung der Gesamtjugendbewe-  
gung, einer Tatsache, auf die die Kommunisten  
durchaus nicht stolz zu sein brauchen.

Eine ganze Reihe von Jugendorganisationen  
verblieben infolge der unsmüßigen Taktik der  
Kommunisten außerhalb der Gemeinschaft der  
Internationalen. Darunter waren bedeutende  
Verbände, ohne die eine wirkliche Internationale  
auf die Dauer überhaupt nicht bestehen kann und  
große Teile der durch die Kommunisten gespalte-  
nen Jugendorganisationen. Es ist klar, daß diese  
Organisationen untereinander Verbindung such-  
ten. Bereits im Sommer 1920 fand in Kiel eine  
Besprechung der Jugendorganisationen, die den  
rechtssozialistischen Parteien nahestanden, statt.  
Im Jänner 1921 fanden diese Besprechungen in  
Hamburg ihre Fortsetzung, sie endeten damit,  
daß eine internationale Konferenz für Ostern  
nach Amsterdam ausgeschrieben wurde.

Teils aus taktischen, teils aus prinzipiellen  
Gründen beteiligten sich an diesen Konferenzen  
die sogenannten „zentristischen“ Jugendorgani-  
sationen nicht. Sie traten vielmehr im Februar  
1921 im Anschluß an die internationale Konfe-  
renz der sozialistischen Parteien, nachdem sie  
nochmals den Versuch gemacht hatten, mit der  
kommunistischen Jugendinternationale ein Zu-  
sammenarbeiten zu ermöglichen, zu einer Konfe-  
renz zusammen, deren Ergebnis die Gründung  
der Internationalen Arbeitsgemeinschaft soziali-  
stischer Jugendorganisationen war. Die Arbeits-  
gemeinschaft, deren Hauptstützen die österreichische  
sozialistische Jugendorganisation, die sozialistische  
Proletariatsjugend Deutschlands, die französische  
Jugendorganisation und der Sozialistische Ju-  
gendverband in der Tschechoslowakei wurden,  
stellte sich die Schaffung einer einheitlichen Ju-  
gendinternationale auf dem Boden des marxisti-  
schen Sozialismus und die Sammlung der Ar-  
beiterjugend zu dieser Bestrebung zum Ziele. Der  
Arbeitsgemeinschaft haben sich inzwischen noch  
eine ganze Reihe von Jugendverbänden ange-  
geschlossen, so daß sie auch zahlenmäßig eine ganz  
ansehnliche internationale Organisation darstellt.

Die rechtssozialistischen sogenannten „Arbei-  
terjugendorganisationen“ schlossen sich hierauf zu  
Ostern 1921 zur „Arbeiterjugendinternationale“  
zusammen. Die Stellung der beiden internatio-  
nalen Vereinigungen zueinander war eine freund-  
schaftliche, es wurde mit Erfolg versucht, die be-  
stehenden Gegensätze nicht zu verschärfen, sondern  
abzuschwächen.

Innerhalb der Arbeiterjugendinternationale  
wurde bald der Ruf laut, mit der Wiener inter-  
nationalen Arbeitsgemeinschaft in direkte Ver-  
bindung zu treten, um über gewisse Fragen eine  
Aussprache zu pflegen. Auf einer Konferenz der  
Arbeiterjugendinternationale in Viesefeld am  
30. Juli 1921 wurde vom Vertreter der belgi-  
schen Organisation beantragt, eine gemeinsame  
Konferenz der beiden Internationalen anzubah-  
nen. Die internationale Arbeitsgemeinschaft war  
mit einer beratenden Konferenz einverstanden, es  
kam zur Konferenz von Leipzig am 14. und  
15. Jänner 1922. Auf dieser Konferenz wurde  
über die Möglichkeit gemeinsamer Aktionen zur  
Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Ar-  
beiterjugend und zur Stärkung der internatio-

Ien Solidarität und über die Frage des Militarismus beraten. Die Beratungen hatten den Erfolg, daß vereinbart wurde, falls es notwendig ist, sich mit gemeinsamen Aufrufen an die Arbeiterjugend zu wenden und gemeinsame Aktionen zu veranstalten. Diese Beschlüsse wurden bereits in die Tat umgesetzt, es kam zu einem gemeinsamen Aufruf zum 1. Mai und zum internationalen Jugendtag, der auch gemeinsam gefeiert wurde. Das Zusammenarbeiten wurde mit Erfolg praktisch erprobt und die Grundlage für eine engere Verbindung geschaffen.

Die internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen veranstaltet in der Zeit vom 19. bis 21. August in Salzburg ein internationales Jugendtreffen, an dem sich auch die Arbeiterjugendinternationalen beteiligen wird. Anschließend an dieses Treffen, das die Mitglieder der beiden Vereinigungen zu gemeinsamer Demonstration vereinigen soll, werden erneut gemeinsame Beratungen stattfinden, die hauptsächlich Erziehungs- und wirtschaftlichen Fragen und dem Kampfe gegen den Militarismus gewidmet sein sollen. Da auf beiden Seiten der gute Wille, einander zu verstehen, vorhanden ist, ist an einem guten Erfolg der Verhandlungen nicht zu zweifeln. Die Situation der Konferenz wird noch dadurch erleichtert, daß die beiden sozialistischen Jugendorganisationen Deutschlands, die Sozialistische Proletariatsjugend und die Arbeiterjugend, einander in der letzten Zeit angeht, der wachsenden Reaktion bedeutend näher gekommen sind.

Die kommunistische Jugendinternationale hat seit einem Jahre ihren Kurs geändert. Ehemalig sprach sie der politischen Propaganda der Jugend, dem „Voranschreiten“ das Wort. Heute beschäftigt sie sich still und bescheiden mit wirtschaftlichen und Erziehungsfragen. Im Februar 1921 erklärte der Vorsitzende der Kommunisten mit Pichos: „Ein Zusammenarbeiten mit Nichtkommunisten gibt es nicht!“ Heute gebärdet sich die K. J. J. als Apostel der — Einigung und der Einheitsfront. Vor kurzem hat das Exekutivkomitee der kommunistischen Jugendinternationalen die beiden sozialistischen internationalen Jugendvereinigungen aufgefordert, sich über einen Arbeiterjugendweltkongress zu äußern, auf dem hauptsächlich die wirtschaftliche Lage der Arbeiterjugend erörtert werden soll. Einen Weltarbeiterjugendkongress einzuberufen, dieses Ansuchen wurde von den Kommunisten vor zwei Jahren mit Entrüstung und Spott zurückgewiesen. „Wir sind die Jugendinternationalen und die alleinigen Sachwalter der Interessen der Arbeiterjugend“, wurde uns entgegengehalten. Die Einberufung dieses Weltkongresses ist das Eingeständnis der Ohnmacht der K. J. J. Unsere Erfahrungen lassen uns nicht daran glauben, daß es den Kommunisten ernst ist mit der Einheitsfront, wir haben den großen Verdacht, daß es ihnen nur darum geht, neuen Agitationsstoff zu suchen, das verblähte Ansehen wieder etwas aufzufrischen. Die sozialistischen Jugendinternationalen werden jedenfalls ihre Bereitwilligkeit zu einem Weltjugendkongress erklären, doch wird es ganz von dem Verhalten der Kommunisten abhängen, ob er einen Erfolg bringen wird.

Schwer und mühevoll — wie bei der Internationalen der Parteien — ist auch der Weg der Verständigung unter der Arbeiterjugend. Doch mehrten sich die Anzeichen, die erkennen lassen, daß die Einigung auf dem Marsche ist. Die Salzburger Tagung wird die Arbeiterjugendinternationalen und die internationale Arbeitsgemeinschaft einander näher bringen, die harten Tatsachen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung werden auch — früher oder später — die Kommunisten, wenn sie nicht jedes Ansehen unter der Arbeiterjugend verlieren wollen, dem wahren Einigungsgedanken zugänglich machen.

### Inland.

Ein „Kameradschaftstag“. Es war doch zu schön, in Uniform durch die Straßen zu stolzieren. Ob Gardefürstler in Potsdam, ob lecher Deuschmeister in Wien, ob Mer in Komotau — ein eifriger Boff wird sich hier und dort nach jenen Tagen des „bunten Rots“ zurücksehnen und dem schönen Einst eine bitter-süßige Träne nachweinen. Daß dieser Schmerz aber nicht nur der verlorenen Uniform, daß er auch dem ganzen Geiste des Militarismus gilt, der die bunte Komödie nur spielte, um die Spielerseele für seine blutigen Ziele zu gewinnen, das vergessen die leichtgerührten Herrschaften und doch wästen sie wie einst die berühmten Krieger- und Veteranenvereine durch ihr löchliches Tun die Kriegsbeute groß. Wenn also in den nächsten Tagen ein Kameradschaftstag der Mer in Komotau stattfindet, so wird sich die große Masse der Teilnehmer aus alten Veteranenweibern in Ischalo und Federbusch zusammensetzen, die Drahtzieher aber werden die Freude der Uniformierten am bunten Land nur bemühen, um in diesen alle bösen Instinkte zu schärfen. Es wird der in Schande und Blut verreckten Habsburgerie nachgetrauert, es wird gegen Republikanismus und Klassenbewußtes Proletariat gehetzt, von Rache am „Erbschind“ geseufelt und der Worggeist des Krieges als die edelste Blüte der Menschenseele gepriesen werden. Die Geister in der alten Gewalt- und Knechts-ideologie zu erhalten ist das eigentliche Ziel der Veranstalter aller und also auch des Komotauer Kameradschaftstages und darum warnt die sozialdemokratische Bezirksorganisation Komotau und die dortige Bezirksorganisation des Jugendverbandes in einem Aufruf an alle vernünftig Denkenden vor der Teilnahme an diesem Kameradschaftstage. Es ist ein Wert der Erziehung zum modernen sozialen Geist, wenn es in dem Aufrufe heißt:

„Racht diese Komödie nicht mit! Laßt Euch nicht von einer Kameradschaftlichkeit erzählen, die nie bestanden hat. Nie kann es eine Freundschaft geben zwischen den Soldatensoldaten und ihren Objekten! Es gibt nur eine Kameradschaft: Die Kameradschaft der Kriegsoffer gegen die Kriegsverbrecher, die Kameradschaft aller derer, die im Kriege gelitten haben, in dem Kampfe gegen den Militarismus und gegen den Krieg! Wer aber durch Veranstaltung von „Kameradschaftstagen“ und durch die Teilnahme daran den schwarzen Militarismus neuerdings verherrlicht, der hat das Recht verweigert, auch gegen jeden anderen Militarismus und gegen jeden künftigen Krieg aufzutreten. Darum rufen wir Euch zu: Rein anständiger Mensch nehme teil an dieser Demonstration der Knechtseligkeit, niemand bilde Spalter oder Stasfage! Wendet Euch mit Berührung ab von dieser Anferstehung der schwarzen Schande!“

Es wäre zu wünschen, daß allort jeder freche Auferstehungsversuch der Habsburgerie auf eine ähnliche entschiedene und zielbewußte Ablehnung stöße.

Der Pilsner Stadtrat gegen die Drosselung deutscher Schulen. Das Präsidium des Landesschulrates traf die Entscheidung, daß die 5. Klasse der Pilsner deutschen Mädchenschule aufgelassen werde. Wegen diese Entscheidung haben die deutschen Parteien Pilsens, wie der Pilsner Stadtrat Vorstellungen erhoben und den Reskurs eingebracht. Die Entschliegung des Pilsner Stadtrates, im Interesse der Erhaltung einer deutschen Schulkasse zu wirken, ist wohl ein seltener dafür umso begrüßenswerter Fall, der zeigt, daß Gerechtigkeit auch im tschechischen Volke noch nicht ganz erloschen ist. Wir erwähnen hierbei, daß die Mehrheit des Pilsner Stadtrates tsche-

chische Sozialdemokraten bilden, denen dieser Beschluß vorerst zu danken ist. Der Landesschul-ausschuß, in dem die tschechischen Chauvinisten tonangebend sind, wir darab nicht sonderlich erbaud sein. Offenlich wird dieses gute Beispiel klärend, auf die Vernunft der Chauvinisten, von der bis nun wahrlich wenig zu spüren war.

### Ausland.

Die Technische Nothilfe als Unter-schlupf für Mordbrüder. An die Mitglieder der Organisation C ist die Anweisung ergangen, sich der Technischen Nothilfe anzuschließen. Der Jungdeutsche Orden hat an seine Mitglieder eine ähnliche Aufforderung ergelassen. Tatsächlich sind auch schon allenthalben die Mitglieder dieser beiden Mörderorganisationen der Technischen Nothilfe beigetreten. Das geschieht, um nach wie vor einen festen Zusammenhang zu haben und bei Gelegenheit wieder in Aktion treten zu können. Die Technische Nothilfe, von je ein Instrument der Reaktion, wird dadurch als ein Gebilde gekennzeichnet, das mit allen Mitteln bekämpft werden muß. Den Behörden liegt das Material über die von den Geheimorganisationen erorgangenen Anweisungen vor. Auch der NSDAP ist unterrichtet. Was hat jetzt zu geschehen? Die Gewerkschaften müssen mit aller Energie die Auflösung der Technischen Nothilfe fordern. Sie müssen das umso mehr, als sie auf ihrer Tagung in Leipzig selbst die Auflösung der Nothilfe gefordert und beschlossen haben, bei Streiks für die Ausführung der Nothilfsarbeiten Sorge zu tragen. Auch die Behörden haben jetzt gegen die Nothilfe vorgegangen. Sie darf nicht mehr unterstützt, sie muß aufgelöst werden. Oder ist der deutschen Republik gedient, wenn die Geheimorganisationen ihr illegales Dasein ausgeben und sich einer staatlich subventionierten Organisation angliedern, um mit deren Hilfe ihre verbrecherischen Pläne zu verwirklichen? Soll die Auflösung der Mörderorganisationen keine Komödie werden, dann muß die Technische Nothilfe verstreut werden, die erst durch den neuesten Zugzug von „Nothelfern“ ihren antisozialen Geist ganz enthüllt hat.

### Die armen Christlichsozialen!

Blätter, die Beziehungen zum Vatikan haben, sprechen davon, der Papst werde bald eine Enzyklika herausgeben, worin genau die Grenzen der katholisch-sozialen Tätigkeit festgesetzt werden, damit Politik und Religion nicht ineinander eingreifen. Was werden fortan die armen Christlichsozialen und alle Kapläne tun, die bisher Beichtstuhl und Kanzel als politische Rednertribüne benützten. Ein wahres Glück nur, daß Enzykliten dazu da sind, um wohl gelesen, aber nicht um — befolgt zu werden.

### Eine Konferenz der Kleinen Entente.

Ein in Belgrad abgehaltener Ministerrat nahm Samstag die Mitteilung zur Kenntnis, daß in Prag eine Zusammenkunft der Außenminister der Kleinen Entente stattfinden werde, und beschloß auch, eine Zusammenkunft der Finanzminister zu beantragen.

### Gesellen, lebet und verbreitet die Arbeiterpresse.

### Ein Diebstahl.

Von Friedrich Adler.

Der Vorsitzende des Schwurgerichtes war ernstlich ungeduldig. Der Angeklagte hatte gleich in der Voruntersuchung den Diebstahl, bei dem er ohnehin auf frischer Tat ertappt worden, eingestanden, und da sonach eine kurze Verhandlung zu erwarten war, hatte der Vorsitzende noch einen zweiten Fall auf den Vormittag angelegt. Und nun zog sich die Sache immer noch hin. Der Verteidiger, ein junger Mann, der an seinem Beruf und an seinem schmutzen Talar noch Vergnügen hatte, wollte sich mit den zwei gegebenen Milderungsinständen, der bisherigen Unbescholtenheit und dem Geständnis des Angeklagten, nicht begnügen und ging immer mehr auf die Einzelheiten der Tat ein, und auch der Staatsanwalt, der doch etwas Schwung für seine Rede brauchte, war mit dem Ergebnis der Verhandlungen nicht zufrieden. So stellten denn beide zahlreiche Fragen an die Zeugen, die alle Beteiligten ermüdeten, ohne daß es gelang, die gewünschte Klärung zu erreichen. Das Verbrechen war da — Diebstahl, wie er im Paragraphen stand — aber das Weis, das den Täter geleitet haben mochte, war unauflösbar geblieben. Mit der bloßen Annahme der Absicht, rasch und um jeden Preis zu Geld kommen, war dieser Fall nicht zu erledigen.

Der Angeklagte, ein Fabrikarbeiter, namens Josef Färber, ein Mann von 38 Jahren, mit offenen, intelligenten Gesichtszügen, hatte aus der Sandkassa des Buchhalters, der die Löhne auszahlte, Geld entwendet. Einmal war es ihm gelungen, das letztemal wurde er beim Versuch betreten und das brachte ihn vor das Schwurgericht, da die Kassa gerade einen größeren Betrag enthalten hatte. Der tatsächliche Abgang belief sich auf nicht mehr als rund 300 Kronen. Färber hatte jeden Samstag das Kontor zu reinigen. Da er seit acht Jahren in der Fabrik beschäftigt war und sich immer musterhaft gehalten hatte — auch von

seinem früheren Arbeitsort hatte er das beste Zeugnis mitgebracht — schenkte man ihm unbedingtes Vertrauen und es kam deshalb häufig vor, daß er für eine Weile allein im Kontor blieb. Als der erste Abgang bemerkt wurde, lag es nahe, in erster Reihe Färber für den Schuldigen zu halten, aber man war so von seiner Ehrlichkeit überzeugt, daß dieser Verdacht niedergeschlagen wurde, um so mehr, als seine Verhältnisse ganz geordnete waren und nichts in seiner Lebersteweife darauf hinwies, daß er mit seinem Lohne nicht auskäme. Als sich aber der Fall wiederholte und gar keine andere Spur mehr vorlag, stellte ihm der Buchhalter eine Falle und Färber wurde im Augenblick betreten, als er einen Betrag aus der Kassa zu entnehmen im Begriffe war. Färber leugnete nicht und gab auch die früheren Eingriffe zu. Da alle Beträge zusammen keine namhafte Summe ausmachten, hätte die Fabrikverwaltung, schon um Aufsehen zu vermeiden, den bisher braven Arbeiter entlassen und die Angelegenheit damit für abgetan erachtet — aber die politische Anzeige war schon früher erfolgt und die Strafsache einmal im Zuge.

Soweit lag die Sache offen auf der Hand. Aber über den Antrieß zur Tat, ebenso über den Verbleib des Geldes war von dem Angeklagten trotz aller Kreuzfragen nichts zu erfahren. Die Zeugen vermochten nichts anderes auszulagen, als daß Färber mäßig und besonnen lebte, und selbst die Einnahme jener Zeugin, von der man am meisten Aufschluß erwartete hatte, der Geliebten Färbers, Sophie Neubert, förderte kein neues Moment zutage.

Sophie, eine ehemalige Fabrikarbeiterin, lebte mit Färber seit einigen Jahren in gemeinsamem Haushalt und ihr Verhältnis war das allerbeste. Sophie, die in ihrem sauberen Festgewand erschienen war, bestätigte, daß Färber sie stets gut behandelte, nie mit außerordentlichen Geldforderungen an sie herantrat und kein einziges Mal betrunken nach Hause gekommen war.

Nun versuchte der Vorsitzende neuerdings von dem Angeklagten selbst Näheres zu erfahren.

„Haben Sie Schulden, Färber?“  
„Rein, Herr Präsident. Ich führe Buch über Einnahmen und Ausgaben. Schulden hab ich keine.“

„Und Sie trinken nicht?“  
„Rein, wenigstens nie über den Durst.“

„Halten Sie's mit den Weibern?“

„Ja? Hab' es nicht nötig. Sie haben ja gehört, wie die meine zu mir hält.“ — Und er warf einen dankbaren Blick auf den Platz, wo Sophie unter den anderen Zeugen saß.

„Aber so sagen Sie doch, Färber, wo Sie das Geld hingeben haben? Man stiehlt doch nicht zum Vergnügen?“

Färber blickte sich auf die Lippen. — „Was tut das zur Sache? Ich habe eingestanden, daß ich gestohlen habe. Bestraft werde ich — was weiter?“

Der Präsident nahm einen milden Ton an. „Aber Färber, wie reden Sie nur? Man hat Sie bisher als ehrlichen Menschen gefannt. Und es tut mir leid um Sie. Ein braver Arbeiter soll ein braver Arbeiter bleiben. Wenn wir so viel fragen, so wissen wir, warum. Es ist ein großer Unterschied in der Strafe, wenn man weiß, aus welchem Grunde die Verfehlung geschehen ist. Aus Bosheit allein werden Sie es doch nicht getan haben?“

„Rein, Herr Präsident.“

„Sie haben auch keinen Grund zur Rache gehabt? Sind Sie von jemand beleidigt, geschädigt worden? Vom Werkführer? Vom Buchhalter?“

„Von niemand.“

„Also ein Akt der Rache liegt nicht vor?“

„Rein.“

„So kommen wir nicht weiter, Färber. Wenn Sie nichts weiter zu sagen haben, dann können wir nur annehmen, daß es reine Bosheit und größter Uudant war. Und wir werden danach vorgehen haben. — Hat der Herr Staatsanwalt oder der Verteidiger noch eine Frage zu stellen? Ich bin fertig.“

Im Gesichte des Angeklagten zeigte es heftig. Der Vorsitzende sah, daß es in ihm kämpfte, und

### Georgien.

Es gibt Worte, die zu Tempelstößen des Weltgewissens werden und von sich aus die Fähigkeit erwerben, dem sittlichen Willen der Menschheit geschichtsbildende Kraft zu verleihen. Wenn sich der Perserkönig Darius nach der Niederlage bei Marathon von einem Sklaven zu allen Mahnungen das Mahnwort zurufen ließ: „Herr gedenke der Athener!“, so war das mehr als das bloße Nachgelächeln eines einzelnen despotischen Menschen, es war der symbolische Ausdruck für die herandrehende historische Entscheidung zwischen Orient und europäischer Kultur. Wenn bei Anbruch des neunzehnten Jahrhunderts der Ruf „Griechenland!“ wieder alle idealistischen Triebkräfte Europas erweckte, so war auch das mehr als das weltbürgerliche Schwärmen irgend eines Lord Byron, es war das Gewitterzeichen der das ganze Jahrhundert erfüllenden nationalen Revolutionen. Und wenn schließlich während des Weltkrieges Henry Barbusse der gemarterten Menschenwürde neuen freudigen Mut verlieh in jener wunderbaren Stelle seines Romans „Das Feuer“, die da gipfelt in dem Ausruf: „Liebfnecht!“, so galt das nicht nur dem persönlichen Opfermut des einen Mannes, sondern dem Gedanken, der das Todesbringen des Kapitalismus machtvoll überschattenden, aus der Ferne eine neue Welt verkündenden sozialen Revolution. Rußland war es, das berufen schien, dies große Erbe anzutreten, und die Millionen der unterdrückten Menschen aller Länder jauchzten dem Licht aus dem Osten erwartungsvoll zu. . . . Die Erwartung ist unerfüllt geblieben und eine Tragik von tiefer Bitternis fügt es, daß jenes Licht, dem die Rolle des Weltgewissens verliehen war, heute zum Angeklagten des Weltproletariats geworden ist, dem der Ruf des Weltgewissens um die Ohren gellt: Georgien!

Georgien, die Sowjetmacht haben noch manch andere Sünden auf dem Kerbholz, doch mögen sie alle einer tieferen Sittlichkeit entsprungen und durch diese entschuldigt sein. Was aber Sowjetrußland an Georgien verbrochen hat, entbehrt so sehr aller sittlichen Begründung, daß man vielmehr sagen darf: Das Unsittliche des Sowjetsystems hat sich in dem Verrat an Georgien erfüllt!

Man hat das Mitgefühl der Menschheit sehr oft in der Geschichte aufgetrommelt gegen Willkür und Barbarei. Gerade in unseren Tagen war ja Dorthy-Ungarn ein ausdrucksvolles Beispiel dafür, wie die Verachtung der Volksmassen aller Welt eine raub- und blutgierige Gewaltherrschaft vermittelst eines dichten Machtordens nicht nur physischer Art, wie es etwa der vom Internationalen Gewerkschaftsbund seinerzeit durchgeführte Wirtschaftsbott gewesen war, sondern auch geistig moralischer Art, wie es die stillschweigende, doch fühlbare Ausschließung Ungarns aus der Kulturgemeinschaft der zivilisierten Nationen ist, schließlich zwingt, schrittweise zu menschlichen Methoden zurückzukehren. (Der Weg von Orgobany bis zu des Massenmörders Heijas' freilich nur vorübergehender Verbesserung ist immerhin ein schönes Stück Weges der unter der Kontrolle Europas vor sich gehenden Erziehung Dorthy-Ungarns zu den elementarsten Pflichten gestitteten gesellschaftlichen Lebens.) Was jedoch in der Geschichte aller Zeiten bisher unerhört war, ist die traurige Tatsache, daß die Freiheit und der geschichtliche Fortschritt, die auch in Georgien so brutal mißhandelt worden sind, nicht etwa auf einen Gegner stießen, dessen Prinzip eben das umgekehrte,

wartete noch einige Minuten. Aber da Färber noch immer schwieg, wurde er unwirsch. „Also, Färber, entweder oder. Die Herren Geschworenen sitzen lange genug Ihre Wege da. Wollen Sie nun sprechen oder nicht?“

Färber sah stark vor sich hin, bewegte die Lippen und schwieg.

Da zwachte der Vorsitzende mit den Achseln. „Es ist umsonst. Wir müssen zum Schluß kommen.“

Färber schaute den Mann, der so in ihn drang, mit einem Blick an, wie ein gehegtes und gestelltes Wild, dann richtete er sich auf und sagte, geradeaus zum Vorsitzenden gewendet, stoßend und schwer:

„Also, ich will es sagen. Ich habe für meine Frau gezahlt.“

In diesem Augenblick schrie es auf der Zeugenbank auf. Sophie sprang von ihrem Platz empor und rief laut und heftig: „Was, Du hast eine Frau?“

Färber wurde blaß wie die Wand. Und, ohne auf den Gerichtslof Rücksicht zu nehmen, tief er hinüber: „Ja, Sophie, ich habe eine Frau. Ich hab' Dir's verschwiegen und der Betrug ist ärger als der Diebstahl da. Ich hab' eine Frau.“

Der Vorsitzende unterbrach ihn: „Das ist uns aus den Akten bekannt. Sie sind von Ihrer Frau geschieden.“

„Ihnen ist es bekannt,“ fiel Färber ein, „aber nicht der Sophie. Sie hat geglaubt, daß ich Witwer bin und ist deshalb zu mir gegangen. Sie hat geglaubt, daß wir uns heiraten können. Aber das geht nicht. Und hätte ich ihr's gesagt, sie wäre nicht bei mir geblieben. O Gott, o Gott, wie soll ich nun ohne sie leben?“

„Das gehört nicht hierher!“ mahnte mit möglichster Schonung der Vorsitzende. „Sie geben nun an, daß Sie für Ihre Frau gezahlt haben. Den Betrag, den Sie sich zugeeignet haben — es sind im ganzen 286 Kronen — haben Sie für Ihre Frau bezahlt?“

„Ja, Herr Präsident.“

das Prinzip der 'gewollten und bewußten Kontro-  
 revolution war, sondern auf einen Gegner, in  
 welchem das revolutionäre Proletariat bislang  
 gerade den Träger und Bringer eben derselben  
 Freiheit und eben desselben geschichtlichen Fort-  
 schritts zu sehen geglaubt hatte, welche Freiheit  
 und welcher Fortschritt aber von Moskau genau  
 so niedergelassen wurden, wie sonst von einem  
 Gorbij oder Denikin. Tyrannengewalt ist die  
 unvermeidliche Alternative der in Klassen gespal-  
 tenen Gesellschaft und wird es sein, solange es  
 Klassen gibt, wird also vielleicht auch nötig sein  
 in dem Übergangsstadium von der Nachkriegs-  
 revolution durch das Proletariat bis zur Abschaffung  
 der Klassen überhaupt. Ein anderes aber ist es,  
 gegen wen die Tyrannis der Gewalt wirksam ge-  
 macht wird, ob gegen eine andere der neuen Ord-  
 nung widerstrebende Klasse oder gegen die eigen-  
 en Klassenoffenen. So betrachtet ist Gorbij's  
 Verbrechen immer noch „moralischer“ als der  
 Brudermord, den Sowjetrußland an Geor-  
 gien vollbracht hat!

Nichts hat den Moskauer Machthabern in  
 der proletarischen Internationale so Abbruch ge-  
 tan wie diese Erkenntnis. Seitdem die Wahr-  
 heit sich stärker erwiesen hat als das Kalkül-  
 und Bramarbaschgepolter der bolschewistischen  
 Schreibhölzer, seitdem das wüste Geschimpfe auf  
 die „Sozialverräter“ und „menschewistischen  
 Weißgardisten“ so gar nicht mehr verfangen will,  
 legen die Massen wieder mehr Gewicht auf wirk-  
 liche Tatsachen. Und die lassen sich eben auch mit  
 den schmerzlichen Flüssen auf die „kontro-revolution-  
 ären Sozialdemokraten“ nicht mehr verwischen  
 und weglügen. Seitdem feststeht und von den  
 Bolschewisten teilweise zugegeben ist, daß die rohe  
 Vergewaltigung Georgiens ihren Hauptzweck  
 darin hatte, die kaspischen Ölquellen fest in die  
 Hand Rußlands zu bekommen, nicht um sie zu  
 behalten, sondern um sie flugs an das ausländi-  
 sche Finanzkapital zu verkaufen, seitdem fest-  
 steht, daß Sowjetrußland, ein sozialistisch regier-  
 tes Land, gegen den ausgesprochenen Willen seiner  
 Bewohner und in trassem Widerspruch zu  
 deren Selbstverwaltungsrecht um nackter egoisti-  
 scher Wirtschaftsinteressen willen vergewaltigt  
 und hierauf dieselben Wirtschaftsinteressen gerade  
 an jene Kapitalistengruppen verschachert hat,  
 deren Machtphäre diese Wirtschaftsinteressen zu  
 entreißen, vorgedacht der ganze Zweck der Nieder-  
 werfung Georgiens gewesen war, seitdem das  
 alles ins grelle Licht der Öffentlichkeit gerückt  
 ist, sind über solch merkwürdigen Versuch der  
 Durchführung des Sozialismus wie überhaupt  
 über die bolschewistischen Methoden die Alten  
 wohl endgültig geschlossen. Dabei hatte Mos-  
 kau während der Konferenz von Genau, auf  
 welcher die Petrolesimperialisten einen wahren  
 Segensabbat des Schieberwesens aufführten,  
 eine herrliche Gelegenheit, sich doch wenigstens  
 einigermaßen für sozialistische Ziele in Szene zu  
 legen, indem es sich die Forderungen des  
 internationalen Gewerkschaftskongresses von Rom zu eigen machte und die  
 Internationalisierung der Roh-  
 stoffquellen fordern hätte können. Moskau  
 zog es jedoch vor, selber im Segensabbat der im-  
 perialistischen Intrigen des Weltkapitals mitzu-  
 tanzen. Aber dafür sind natürlich wir — die  
 Verräter!

Nun, die Zeiten sind, wie gesagt, vorüber,  
 wo das nach versagen hat. Die Entartung der  
 russischen Revolution muß es sich gefallen lassen,  
 daß ihre kritische Analyse dem übrigen Proletariat  
 die Warnungs- und Orientierungstafeln  
 aufstellt, welche das Anschauungs- und Belehrungs-  
 material dafür abgeben werden, was in

## Unternehmerfreiheit und Lehrlingswesen.

Im „Anzeiger der Elektroinstal-  
 lationsfirmen“ ist an erster Stelle das Re-  
 ferat eines Herrn Max Klimt aus Braunau  
 über das Lehrlingswesen abgedruckt, das in  
 krafter Weise ein Bild der Auffassung des Un-  
 ternehmertums von der persönlichen Freiheit ent-  
 wirft. Dieser Verband hat sich eine „Lehrlings-  
 kommission“ eingesetzt, deren Vorsitzender Herr  
 Dozjkal aus Brunn ist. Betrachtet man die  
 Arbeit dieser Lehrlingskommission, einen Lehr-  
 vertrag mit all seinen Grausamkeiten etwas  
 näher, so kann man sich eine ungefähre Vorstel-  
 lung von den Leiden der Lehrlinge machen, die  
 dieser Unternehmertum ausgeliefert sind.

Wir geben zur Charakterisierung dieser Lehrlings-  
 schinder einige Stellen aus den von ihnen  
 ausgearbeiteten Richtlinien wieder.

Im Punkt 2, „Ausnahmebedin-  
 gungsformalitäten“ heißt es wörtlich:

„Lehrlinge dürfen während der ganzen Dauer  
 ihrer Lehrzeit nur mit Zustimmung des Lehr-  
 herrn sich an sportlichen Vereinen betei-  
 ligen, während die Teilnahme der Lehrlinge  
 an allen anderen Vereinen und  
 Organisationen . . . . . überhaupt nicht zu-  
 lässig ist.“

Es genügt den Ausbeutern also nicht, den  
 Lehrling während der Arbeitszeit, mit allen ihnen  
 zu Gebote stehenden Mitteln zu schikanieren, sie  
 haben die Freiheit jede Stunde der Freiheit, die  
 der Lehrling hat, mit ihnen genehmen Beschäfti-  
 gungen auszufüllen. Der Lehrling soll wie ein  
 Tier verschachert werden, darf sich, wenn sein  
 Meister einmal guter Laune, mit gnädigster Zu-  
 stimmung an „sportlichen Vereinen“ beteiligen  
 und hat alle weiteren Regungen eben zu unter-  
 drücken.

Damit die Meister eine Handhabe für ihre  
 Schikanen haben, legen sie im Punkt III, „Dauer  
 der Lehrzeit“, Folgendes fest:

„ . . . . . Wird von Seite des Vaters oder  
 Vormundes des Lehrlings nach dessen Aufbindung  
 der Lehrling aus dem eingegangenen Lehrverhält-  
 nis entnommen, so verpflichtet sich der Vater,  
 bezw. Vormund des Lehrlings, für die Bemühungen  
 des Lehrherrn eine Entschädigung von K 50.—  
 für jeden nach dem Aufbinden verflohenen Monat  
 zu zahlen . . . . . in einem solchen Falle darf  
 der betreffende Lehrling ohne Zustimmung des  
 Lehrherrn in anderen Betrieben oder Unterneh-  
 mungen während der nächsten 3 Jahre nicht auf-  
 genommen werden.“

künftigen Revolutionen zu befolgen und was zu  
 meiden sein wird.

Einen der wichtigsten Teilausschnitte dieser  
 kritischen Aufgabe, eben der Frage Georgiens, ist  
 auch Julius Brauntal's jüngste Schrift\*) gewidmet.  
 Sie ist die Frucht einer im Auftrage  
 des Internationalen Gewerkschaftsbundes vor  
 einigen Monaten unternommenen Georgienreise.  
 Brauntal hatte in Georgien eine aus den Geldern  
 des russischen Hilfsfonds zusammengestellte  
 Medikamentensammlung abzuführen. Bei dieser  
 Gelegenheit hat Brauntal durch drei Wochen  
 Gelegenheit gehabt, Land und Leute in Georgien  
 offenen Auges kennen zu lernen. Seine Erfah-  
 rungen gibt nun Brauntal in der vorliegenden  
 Broschüre der proletarischen Öffentlichkeit be-

\*) Julius Brauntal: Vom Kommunismus  
 zum Imperialismus (Vollbuchhandlung, Wien 1922,  
 64 Seiten).

Wenn also der Lehrling durch Schikanen  
 seines Meisters zum Austritt veranlaßt wird —  
 und das wird auf Grund dieser Bestimmung ge-  
 wiß keine Seltenheit sein, macht doch der Meister  
 dann ein glänzendes Geschäft — so ist ihm auch  
 noch für die Dauer von drei Jahren die  
 Möglichkeit genommen, seine Lehrzeit zu beenden!  
 Ueber die Entlohnung des Lehrlings heißt es:

„Während der vereinbarten Probezeit  
 (drei Monate, D. R.) erhält der Lehrling keine  
 Lei Bezahlung; nach zufriedenstellendem Ver-  
 lauf der ersten Lern dem Lehrling ein frei-  
 williges Wohnungsgeld von zwei Kronen  
 verabfolgt werden.“

Und als Höchstleistung schäufen die von Gottes-  
 gnaden eingesehten Herren für ihre knechte fol-  
 genden Punkt X, „Gegenseitige Pflich-  
 ten des Lehrherrn und Lehrlings.“

„Der Lehrling ist zur Anhänglichkeit und Treue  
 seinem Lehrherrn gegenüber verpflichtet; er hat  
 alle ihm übertragenen Aufträge und Arbeiten ge-  
 wissenhaft und mit größter Fleiß zu besorgen  
 und sich den Anordnungen des Lehrherrn zu unter-  
 werfen . . . . . Der Lehrherr soll den Lehrling in  
 allen Einzelheiten seines Faches genau und ge-  
 wissenhaft unterweisen, ihn seinem Betragen ent-  
 sprechend behandeln . . . .“

So stellen sich die Ausbeuter vom Elektrofach  
 das Lehrlingswesen vor. Jede Freiheit, jedes  
 Recht wird dem Lehrling vertragsmäßig  
 geraubt!

Die Schöpfer dieser Richtlinien, allen voran  
 Herr Dozjkal als Vorsitzender, der wie Herr  
 Klimt treffend ausführte, durch seine „lang-  
 jährige Tätigkeit und Erfahrung in  
 der Lehrlingsfrage“ mit „gediegenen  
 Vorschlägen zur Hand“ gehen konnte, ver-  
 dienen ein Sonderblatt in der Geschichte über  
 Lehrlingsausbeutung. Herr Dozjkal, der übri-  
 gens seiner Firma durch Lehrlingszüchterei einen  
 „langvollen“ Namen gab, sei den Gewerbespreng-  
 ämtern vor besonderen Berücksichtigung wärmstens  
 ans Herz gelegt. Die Arbeiterschaft muß  
 diesen Lehrlingschindern die entsprechende An-  
 wort erteilen. Soll nicht ein Teil der Arbeit-  
 schaft zu Deloten erzogen werden, dann müssen wir  
 die Jungarbeiterschaft, die Lehrlinge, in der so-  
 zialistischen Jugendorganisation sammeln, um  
 durch die organisierte zusammengeschlossene Masse  
 der jugendlichen Arbeiter gemeinsam mit den übrigen  
 Organisationen die Freiheiten der Ausbeuter  
 zunichte zu machen.

saunt. Mit unverkennbarer Absicht hält sich  
 Brauntal in seinen Darlegungen an einen ruhigen,  
 sachlichen, jede persönlich verletzende Note  
 meidenden Ton. Freilich stellt er die Dinge so  
 dar, wie sie nun einmal sind, in ihrer ganzen  
 furchtbaren Taurigkeit und mit all dem Glend  
 und Jammer, den der sowjetkommunistische Im-  
 perialismus über das unglückliche Georgien ge-  
 bracht hat. Die Wahrheit hat aber den Mos-  
 kauern genügt, um ihre schwersten Schimpf-  
 kanonen gegen Brauntal aufzuführen zu lassen  
 und ihn mit einer Sturzflut bolschewistischer  
 Schmähungen heimzusuchen. Als sich Brauntal  
 gegen die infamen Angriffe zur Wehr setzte und,  
 die Geduld verlierend, einen der schimpfierenden  
 Phrasenstammler einen — georgischen Dorf-  
 trottel hieß, stellte es sich heraus, daß besagter  
 „Dorftrötzel“ die gottsdörferste kommunistische  
 Leuchte Georgiens ist, ein gewisser Jhakaia,  
 von dem nun freilich auch Leute, die ihn näher

kennen, nicht gerade eine wesentlich höhere Mei-  
 nung hegen. (J. B. nennt J. Kursh den  
 Herrn Micho Jhakaia auch nur einen politischen  
 — Analphabeten, siehe das Buch Noe Jor-  
 danias: Marxismus und Demokratie, Seite 4.)  
 Auch nach dem jämmerlichen Gequatsch zu schlie-  
 ßen, mit dem Jhakaia den dritten Weltkongreß  
 der kommunistischen Internationale gelangweilt  
 hat (siehe Seite 104 des im Verlag Carl Heym  
 Hamburg erschienenen Protokolls), scheint er  
 alles eher als ein Geistesheld zu sein. Loyal-  
 weise sei aber hier angemerkt, daß Jhakaia schon  
 in dieser Rede am kommunistischen Weltkongreß  
 die Behauptung, freilich nur die Behauptung  
 von dem angeblich von den flüchtenden Menschewi-  
 skisten gestohlenen Chinin aufstellte, ohne natürlich  
 auch nur den Schatten eines Beweises dafür zu  
 erbringen.

Viel wichtiger jedoch als dies Satirspiel um  
 die Tragödie Georgiens herum dünkt uns die  
 Tragödie selbst. Für ihre Schilderung findet  
 Brauntal ergreifende Töne. Was für uns in  
 diesem Zusammenhang vornehmlich in Betracht  
 kommt, sind die volkswirtschaftlichen und sozialen  
 Verhältnisse Georgiens. Das georgische Volk,  
 das drei Millionen Seelen zählt, besteht der  
 Hauptsache nach aus Bauern, neben denen die  
 übrigen Klassen an Zahl weitaus zurücktreten.  
 Hierin lag der Schlüssel zur Taktik der Revolu-  
 tion und es gehörte die ganze Kurzsichtigkeit der  
 bolschewistischen Schnellseher- Weltrevolutionäre  
 dazu, mit dem Schlüssel in ein falsches Schlüssel-  
 lock zu geraten. Ueber die Rolle der Bauern-  
 schaft in der Revolution hat schon Marx im „18.  
 Brumaire“ eine glänzende Abhandlung geschrie-  
 ben. Er sagt:

„Insofern ein nur lokaler Zusammenhang  
 unter den Bauern besteht, die Diefelbigkeit  
 ihrer Interessen keine Gemeinsamkeit, keine nation-  
 ale Verbindung und keine politische Organisation  
 unter ihnen erzeugt, bilden sie keine Klasse. Sie  
 sind daher unfähig, ihr Klasseninteresse im eigenen  
 Namen sei es durch ein Parlament, sei es durch  
 einen Konvent geltend zu machen. Sie können sich  
 nicht vertreten, sie müssen vertreten werden. Ihr  
 Vertreter muß zugleich als ihr Herr, als eine Autori-  
 tät über ihnen erscheinen, als eine unumschränkte  
 Regierungsgewalt, die sie vor den anderen Klassen  
 beschützt und ihnen von oben Regen und Sonnen-  
 schein schickt.“

Damit war Marx nicht nur ein nach rück-  
 wärts gewandter Geschichtsschreiber des Auf-  
 stiegs Napoleons, sondern auch ein in die  
 Zukunft gewandter Vorausseher der bolsche-  
 wistisch despotischen Bauernrevolution. Nur daß  
 es eben eine Bauernrevolution und nicht eine  
 Arbeiterrevolution ist, daß die anfänglichen  
 Versuche, die Bauernschaft vor den Wagen des  
 proletarischen Sozialismus zu spannen, in der  
 Sowjetrepublik längst ausgegeben sind. Gerade  
 für diese Möglichkeit bot aber Georgien die gün-  
 stigsten Chancen und sie mit den Militärherrschaften  
 des bolschewistischen Imperialismus nieder-  
 getrampt zu haben, bleibt die eigentliche politi-  
 sche Schuld und besondere Blindheit Moskaus.  
 In der schon erwähnten ausgezeichneten Bro-  
 schüre des früheren georgischen Ministerpräsi-  
 denten und Führers der Menschewisten Noe Jor-  
 dania: Marxismus und Demokratie (Verlag  
 Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Nichtenau  
 1921, 32 Seiten, 9 M.) wird die Struktur der  
 bäuerlichen Klasse Georgiens folgendermaßen ge-  
 schildert: „Die georgische Nation besteht vor  
 allem aus Bauern, hat vor allem das Bauern-  
 tum zur Grundlage, von dem 90 Prozent land-  
 arm und gezwungen sind, das Land bei Groß-  
 grundbesitzern zu pachten oder ihren Lebensunter-

Der Vorsitzende schüttelte langsam den Kopf.  
 „Aber wo für, Färber? Und dann — Sie sind  
 ja von der Frau geschieden, und nach dem Urteil  
 durch Schuld der Frau. Sie haben also eigent-  
 lich keine Verpflichtung, für sie zu zahlen. Und  
 was haben Sie denn gezahlt?“

Färber war auf seinen Sitz gesunken, das  
 Gesicht in die Hände vergraben. Auf die Frage  
 des Vorsitzenden erhob er sich wieder, aber er  
 vermicdte ängstlich, bei der Wendung des Körpers  
 auch nur die Richtung mit dem Auge zu streifen,  
 wo Sophie saß.

„Ich bin geschieden, das ist wahr. Aber man  
 hat doch ein Herz im Leibe. Herr Präsident, ein  
 Tier hat's erbarmen müssen. Ich kann's nicht  
 anders sagen — ich möcht's wieder tun, so unrecht  
 es ist.“

Färber biß sich auf die Lippen und konnte  
 nicht weiterprechen.

Der Vorsitzende sprach ihm zu: „Sammeln  
 Sie sich Färber. Und sagen Sie uns, was Sie  
 zu sagen haben. Deutlich und klar, damit die  
 Herren Sie verstehen können.“

Nach einer Pause fuhr Färber ruhiger fort:  
 „Im Anfang unserer Ehe hab' ich mit mei-  
 ner Frau ganz gut gelebt. Sie hatte ihre Eigen-  
 heiten, aber im Grunde war sie eine brave Per-  
 son. Leicht ist es uns nicht geworden. Ich hatte  
 noch zwei jüngere Geschwister auf der Sorge,  
 und viel Geld verdient ein Arbeiter nicht. Trog-  
 dem habe ich mit ihr ruhig und zufrieden gelebt.  
 Aber auf einmal fing's an. Ich war indes zum  
 Vorarbeiter aufgerückt und da war in der Fabrik  
 eine Schleiferin, ein vorlautes Frauenzimmer —  
 heute bin ich ein erster Mann und es ist  
 alles längst vorüber. Aber ich schwöre, ich habe  
 das Mädel nicht angesehen. Aber meine Frau ließ  
 sich das nicht ausreden und ich hatte die Hölle im  
 Hause. Ein ewiges Geleise und Gekränke — es  
 war schrecklich zuwider. Dann begann sie Aufrie-  
 den mit den Nachbarn zu stiften. Sie trug mich  
 bei allen Leuten herum — weiß der Teufel, was  
 ich alles angestellt haben sollte — und endlich ver-  
 klatschte sie mich auch in der Fabrik. Lauter er-

logenes Zeug! Das ging so nicht weiter — ich  
 reichte die Scheidung ein und wir gingen aus-  
 einander.“

„Das stimmt mit der Aktenlage überein,“  
 bemerkte der Vorsitzende ruhig zu den Geschwore-  
 nen, „das Verschulden der Frau wurde gerichtlich  
 anerkannt.“

„Ich konnte im Ort nicht mehr bleiben und  
 habe dann hier Arbeit gefunden. Aber das Rechte  
 war's nicht mehr, ich wußte nicht, wozu ich lebe.  
 Da hab' ich meine . . . da hab' ich die Sophie  
 Reubert kennen gelernt. Ich hab' sie gern gehabt,  
 sie mich auch und so sind wir zusammengezogen.  
 Was sie mir gewesen ist, was sie an mir getan  
 hat — das kann ihr nur Gott im Himmel loh-  
 nen. Ein neuer Mensch bin ich seitdem geworden.“  
 Färber hielt inne, das Gefühl übermannte ihn  
 und erst nach einigen Minuten geprehten Schweigens  
 setzte er seinen Bericht fort:

„Es war alles wieder gut und recht in mir.  
 Da bekomme ich vor anderthalb Jahren einen  
 Brief aus dem Irrenhaus. Sie schreiben mir, was  
 mit meiner Frau Aloisia Färber geschehen soll,  
 da sie in der Anstalt nicht länger bleiben kann.  
 Ich war zu Tod erschrocken. Ich hatte keine  
 Ahnung, daß meine Frau krank wäre — am we-  
 nigsten war ich auf so etwas gefaßt. Ich schrieb  
 hin und der Verwalter antwortete, daß meine  
 Frau seit einigen Wochen im Irrenhaus ist, daß  
 sie aber nicht weiterhin bleiben kann, wenn die  
 Verpflegskosten für sie nicht bezahlt werden. Ich  
 fuhr gleich zu ihr — Sophie sagte ich irgendeine  
 Ausrede. Meine Frau war sehr herunter, sie re-  
 dete wirres Zeug und kannte mich nicht. Aber  
 der Arzt meinte, bei guter Pflege wäre noch Aus-  
 sicht, allerdings Zeit würde es kosten. Ich hab'  
 mir ein paar Gulden erspart. Es langte gerade  
 für vier Monate. Ich erlegte das Geld und fuhr  
 nach Hause zurück. Wenn sie wieder gesund würde  
 und arbeitsfähig, war das Geld gut angewendet.  
 Aber es wurde nicht besser. Nach vier Monaten  
 stand ich auf demselben Fleck. Ich raffte alles zu-  
 sammen und brachte mit Müß und Not noch einen  
 Monat heraus. Weiter ging's nicht. Und wie ich

wieder die Rahmung vom Irrenhaus bekomme,  
 gehe ich nochmals hin. Vielleicht sagt man mir  
 dort, was zu machen war. Zu mir nehmen konnte  
 ich sie nicht, ich bin in Arbeit und dann — wegen  
 der Sophie. Ob die Heimgemeinde zahlen kann?  
 Unfinn. Ein Dorf von einigen Nummern, das  
 bloß Schulden hat. Dann würde nichts anderes  
 übrigbleiben als sie in die Gemeinde zu trans-  
 portieren und die müßte sie verpflegen. Herr Prä-  
 sident, Sie wissen nicht, wie so etwas ist. Ich  
 hab' es nur einmal im Leben mitangesehen, als  
 kleiner Junge, aber ich kann es bis heut' nicht  
 vergessen. Das elendeste Tier wird besser behan-  
 delt. Verachtet und verhöhnt wird so eine arme  
 Person und was sie zu essen kriegt — nein, nein,  
 das durste nicht sein. Sie war doch einmal meine  
 Frau. Und der Verdruß und Aerger, den sie mir  
 gemacht hat — es war doch schon die Krankheit,  
 die in ihr saß. Sie hat nicht dafür gekonnt. Ich  
 durste sie nicht verkommen lassen. Tag und  
 Nacht ist sie mir vor Augen gewesen. Und ich  
 hab' mir das Gehirn abgequält, wie ich sie vor  
 dem Aerger bewahre. Und wie wieder ein Brief  
 kam, daß höchste Zeit ist, die Verpflegskosten zu  
 bezahlen — da hab' ich in der Verzweiflung das  
 getan, was Sie schon wissen. Ich habe gearbeitet  
 und mich gewehrt, solange ich konnte. Bei dem  
 Gedanken an meine arme Frau hab' ich selber  
 die Besinnung verloren.“

Der Staatsanwalt, der bei dem Bericht des  
 Angeklagten überlegen gelächelt hatte, fragte spitz:  
 „Das ist ja recht schön, was Sie uns da erzählt  
 haben. Aber wissen Sie auch, daß wir uns sehr  
 leicht über Sie ergehen können, ob das Geld wirk-  
 lich in die Irrenanstalt gegangen ist?“

Färber wurde über und über rot, griff stumm  
 in seine Rocktasche und übergab dem Vorsitzenden  
 eine Anzahl von Zetteln. Der faltete sie auseinander:  
 „Ja, das stimmt, es sind Quittungen der  
 Irrenanstalt, Verpflegskosten für Aloisia Färber.  
 Herr Schriftführer, nehmen Sie die Quittungen  
 ins Protokoll.“

Eine lebhafteste Bewegung ging durch den Saal.

Der Vorsitzende wandte sich wieder an den Ange-  
 klagten:

„Nun, Färber, es hätten sich noch andere  
 Wege finden lassen, Ihrer Frau zu helfen, als  
 sich an fremden Güte zu vergreifen. Es war sehr  
 unbedacht von Ihnen, sehr unbedacht, Färber,  
 und Sie müssen die Folgen tragen.“

„Das will ich,“ sagte Färber kurz.

Was nachfolgte, verlief sehr rasch. Die Schuld  
 war außer Frage, die Strafe fiel so mild als mög-  
 lich aus, fünf Monate Kerkerhaft. Der Angeklagte  
 war während der ganzen Zeit bewegungslos dage-  
 sessen, auch während des eindringlichen Appells  
 des Verteidigers. Als das Urteil verkündet war,  
 erklärte er die Strafe gleich anzutreten und hat  
 nur von seiner Sophie Abschied nehmen zu dür-  
 fen. Sie drängte sich bis zu ihm vor und Färber  
 sagte mit erzwungener Ruhe:

„Also adieu, Sophie, für ewig. Du kannst  
 mir ja nicht vergehn.“

Das junge Weib sah ihn mit leuchtenden  
 Augen an.

„Was fällt Dir ein, Josef? Ich verlasse Dich  
 nicht. Jetzt erst recht nicht. Wer so ein Herz hat  
 wie Du, den verlaßt' ich nicht.“

Färber sah sie starr an, traute den Worten  
 nicht, die er hörte, und fragte unsicher: „Du  
 willst mir also doch vergehn?“

Sophie legte ihm die Hand auf die Schulter:  
 „Mach' Deine Strafe ab und dann komm' wie-  
 der zu mir. Bei mir hast Du immer freies Haus!  
 Ob Du mich heiratest oder nicht, das gilt mir  
 ganz gleich. So wie Du treu bist, so will ich es  
 auch sein, Josef. Für Deine arme Frau wird ge-  
 sorgt werden, und wenn sie doch noch gesund wird,  
 dann verlange ich gar nichts von Dir. Und ich  
 will froh sein, daß ich wenigstens eine Zeilang  
 einen so braven, guten Kerl gehabt habe wie  
 Dich!“

Färber trat die Tränen in die Augen. Er  
 umschlang Sophie und drückte einen langen Kuß  
 auf ihre Lippen.

Dann ging er ruhig fort mit den Gerichts-  
 dienern.

halt durch Nebenwerb zu ergänzen. Selbst wenn die konfiszierten Ländereien in die Hände der Bauern übergehen, entfällt auf den Einzelnen doch nicht so viel Land, daß er ohne sonstige Beschäftigung sich und seine Familie durchbringen könnte. Aber diese Landübertragung ist die beste Sicherstellung der revolutionären Errungenschaften und der Herrschaft der Demokratie." (Seite 17.) "Es gibt zwei Arten von Bauern: die zurückgebliebene Bauernschaft, die keine persönliche Gemeinschaft mit der Stadt und der Arbeiterdemokratie hat und sich in ihre vom Zentrum weit entfernten Winkel verschließt, und die vorangehende Bauernschaft, die in der Nähe der Städte lebt, dort ihren Erwerb findet, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit in der Stadt ergänzt und von der Arbeiterklasse beeinflusst ist. Erstere ist die Stütze der Reaktion, die zweite lehnt sich an die revolutionäre Arbeiterdemokratie an." (Seite 21.)

So erkennen wir als den geschichtlichen Sinn des bolschewistischen Umsturzes in Georgien den Sieg des reaktionären Prinzips der "zurückgebliebenen Bauernschaft" über das revolutionäre Prinzip der vorangehenden, mit der Arbeiterdemokratie verbündeten Bauernschaft. Und doch bot gerade die Bodenverteilung Georgiens, welche, wie wir aus den vorzitierten Worten entnommen haben, selbst im günstigsten Falle den Stachel der Unbefriedigtheit bei den Bauern zurücklassen mußte, die vielleicht unwiederbringliche Gelegenheit, die Bauernklasse mit demokratischen Mitteln zu kooperativen Handlungen zu gewinnen. Der Moskauer Kommunismus hat also gründlich gesündigt, was aufbaubar und aufbauwürdig war.

Von der Gestalt der Zerstörung gibt uns Braunthal ein furchtbar anschauliches Bild. Die Hauptproduktionszweige Georgiens sind Landwirtschaft, Mangan- und Kohlenindustrie. Die Petrobräunstoffindustrie mit der Hauptstelle in Batum liegt vollkommen darnieder. Der Landwirtschaft droht seit der Verwandlung der unabhängigen Republik in eine russische Satrapie das gleiche Schicksal. Der Ertrag der Ernte von 1921 blüht ganz unergiebig zurück gegen die Ernte vom Jahre vorher. Auch die Staatsdomänen vermochten unter bolschewistischer Verwaltung 1921 nur noch 17 Prozent (gegenüber 54 Prozent im Budgetjahr 1919/20) zur Deckung des Budgets aufzubringen und für das laufende Budgetjahr 1922/23 wird es nach dem Eingeständnis des kommunistischen Finanzministers Dr. Swantze noch viel ärger sein. Die Manganproduktion, welche unter menschewistischer Leitung von 26.000 Tonnen im Jahre 1918 auf 55.000 Tonnen im Jahre 1919 und 92.000 Tonnen im Jahre 1920 gestiegen war, sank nach Uebernahme der Herrschaft durch die Bolschewiki glattweg auf null. Ähnlich steht es mit der Kohlenförderung. Den Menschewisten war es gelungen, die durchschnittliche Fördermenge der Friedenszeit (330.000 Pud im Monat) auf 493.300 Pud (1920) und 952.143 bzw. 882.170 Pud (Jänner und Februar 1921), also auf nahezu das Doppelte der Friedenszeit zu steigern. Das kommunistische Regime bewirkte einen Herabfall auf 276.033, also ungefähr 70 Prozent weniger! Die durchschnittlichen Tagesleistungen fielen um zwei Drittel.

Natürlich leidet darunter in erster Linie der Eisenbahnverkehr, bei dem einfach alles vollständig verwaist ist. Mit Ausnahme der "Expreßzüge", die sogar den Komfort eines Speisewagens aufweisen, weil doch in diesen nicht das gemeine Volk, sondern die noblen Schieber und Spekulanten, die den fünffachen Preis zahlen können, befördert werden. 8000 Waggons und 200 Lokomotiven wurden entschädigungslos nach Rußland verschleppt, aber trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit denkt die hohe bolschewistische Regierung nicht daran, in den großen Reparaturwerkstätten von Batum wirklich großzügige ernsthafte Restandsarbeiten wären weit über den sonstigen Begriff dieses Wortes hinaus. Freilich die kommunistische Regierungsweise braucht ihr Geld für andere Dinge. Sie hat sich einen Machtapparat von 63.000 Beamten geschaffen, die natürlich alle bezahlt sein wollen. Die Menschewisten sind mit 25.000 angekommen, aber die hatten es eben nicht nötig, ihr Volk argwöhnisch zu beobachten und unter bürokratischer und militärischer Vormachtigkeit zu erhalten. (Die menschewistische Truppenzahl betrug 18.000, die Bolschewiken hingegen brachten 70.000 Mann!)

Sehr interessant sind die Vergleiche, die Braunthal zwischen der kommunistischen Wirtschaft Georgiens und den Verhältnissen in dem gewiß nicht wohlhabenden und begüterten Oesterreich zieht: "Die österreichische Staatsverwaltung unterstützt die Arbeitslosen, während sie die kommunistische Staatsverwaltung Georgiens, ohne auch nur einen Finger zu rühren, ihrem Schicksal überläßt; die österreichische Staatsverwaltung unterhält Schulen, während die kommunistische Staatsverwaltung den Landlehrern seit dem 1. Mai 1921 und den städtischen Lehrern von Neujahr bis Ostern den Gehalt schuldig bleibt; die österreichische Staatsverwaltung unterhält Spitäler, während die kommunistische Staatsverwaltung nicht einmal ihre drei Duzend Spitäler mit Medikamenten, Betten und Leintüchern zu versorgen imstande ist und dem gesamten Sanitätspersonal gleichfalls den Gehalt seit Neujahr bis heute (22. April) schuldig geblieben ist. Die österreichische Staatsverwaltung unterhält Siechen- und Greisenversorgungsanstalten, während die kommunistische Staatsverwaltung für Siechen und Alter überhaupt keine Fürsorge

kennt. Die österreichische Staatsverwaltung versorgte die Bevölkerung im vergangenen Jahre mindestens mit Brot, während die kommunistische Staatsverwaltung sie seelenruhig verhungern läßt. Für die ganze staatliche Lebensmittelsbewirtschaftung gab Georgien nur ein Sechstel, 41.067 Milliarden von 232 Milliarden tatsächlicher Staatsausgaben aus, also etwa so viel, als die österreichischen Milchzuschüsse allein erfordern." (Seite 27 f.)

Eine ganze Anzahl statistischer Daten des Braunthalschen Buches beleuchten von allen Seiten her die Schrecknisse des Moskauer "Völkchens", dessen brutalste Seiten, nämlich die militärische und — daß Gott erbarmt — judizielle wir in unserem Aufsatze ja nur ganz oberflächlich gestreift haben. Wir wollen es uns aber an dem bisher Gesagten genügen lassen und diese Abhandlung mit den schlichten, doch eindringlichen Worten Braunthals schließen:

"Was das weite Gewissen der Kommunisten mit Sozialismus noch zu vereinbaren vermag, das darf das wirklich sozialistische Proletariat Europas nicht gelten lassen. In Georgien lebt ein Proletariat, erprobt durch jahrzehntelange ruhmvolle Kämpfe gegen den Faschismus, einstmal das Avantkorps des russischen Sozialismus, das an die europäische Arbeiterklasse mit dem Anspruch herantritt, seinen Freiheitskampf zu unterstützen. Eine russische Armee hält es nieder, in den Festungen des Landes schwächen seit Jahr und Tag seine Führer. Sich selbst überlassen, ist es ohnmächtig und muß zugrundegehen. Es steht, nein, es heischt mit Arg und Recht vom europäischen Sozialismus, daß es in seiner entsehbaren Erniedrigung und Knechtschaft nicht vergessen werde." Jaques Hannak (Wien).

## Tages-Neuigkeiten.

### 25 Jahre "Freiheit".

Unser Tschepher Bruderblatt, die "Freiheit" hat am Sonntag ein Jubiläum feiern können: An diesem Tage waren es 25 Jahre, seitdem die erste Nummer des Blattes erschienen ist. Die Gründung der "Freiheit" steht in unlöslicher Verbindung mit der Person unseres unergieblichen Führers, Josef Seliger, der im Jahre 1893 nach Tschepher gekommen war und bald darauf die Gründung eines sozialdemokratischen Blattes betrieb, um die Interessen der Arbeiterklasse vor aller Öffentlichkeit wirksam zu vertreten und die Lauen aufzurütteln. Das erste Blatt, das die Tschepher Arbeiterklasse gründete, war die "Volkstimme", deren erste Nummer am 15. Februar 1894 erschien. Um das Geld, das zur Gründung einer Zeitung notwendig war, aufzubringen, veranstaltete der damals bestehende Arbeiterbildungsverein ein Sommerfest in Eichwald, das einen Reingewinn von etwa 100 Gulden brachte und mit dem die Genossen an die Gründung des Blattes schritten. Redakteur war Genosse Seliger, Verwalter Genosse Wagner, ein Schuhmacher. Der Schuhmacherladen des genannten in der Eichwälderstraße in Tschepher war Redaktion und Administration zugleich. Zur "Volkstimme" trat im Jahre 1896 ein zweites Blatt, welches "Die Freiheit" hieß, so daß die Tschepher Arbeiter formell zwei Blätter hatten, die aber eigentlich nur ein Blatt waren. Einmal in der Woche erschien die "Volkstimme", einmal "Die Freiheit", um so dem Zeitungstempel zu entgehen. Am 20. Mai 1897 trat an die Stelle der "Volkstimme" das Blatt "Die neue Freiheit", so daß die Tschepher Arbeiter nun "Die Freiheit" und "Die neue Freiheit" hatten. Am 6. August 1898 trat ein drittes Blatt hinzu, welches schlechthin den Namen "Freiheit" führte, welches der Name des Blattes blieb, als die beiden anderen Blätter zu erscheinen aufhörten. Die "Freiheit" erschien lange dreimal wöchentlich, bis sie mit Kriegsbruch in ein Tagblatt umgewandelt wurde. Nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie und der Entstehung des tschechoslowakischen Staates gewann das Blatt eine besondere Bedeutung, weil der Parteivorstand seinen Sitz in Tschepher hatte und die "Freiheit" stets im engsten Einvernehmen mit den führenden Mitgliedern des Parteivorstandes geschrieben war, so daß sie als Hauptblatt der Partei bis zu dem Tage, an dem sich die Partei ein Zentralorgan gab, gelten konnte. Für die Aufklärung der Arbeiterklasse hat sie in den 25 Jahren ihres Bestehens unendlich viel geleistet, mit der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie in Böhmen bleibt sie unauslöschlich verbunden. Wer diese Geschichte einmal schreiben wird, wird an den 25 Jahrgängen nicht vorübergehen können.

Genosse Karl Dedic, einer der ältesten Vertrauensmänner der tschechischen Arbeiterbewegung feierte gestern seinen 60. Geburtstag. Dedic wurde am 7. August 1862 in Bsetin in Mähren als Sohn eines Häuslers geboren. Frühzeitig verwaist, mußte er schon als Schulkind hart arbeiten und ging dann zu einem Schneider in die Lehre. Von Bedeutung für seine fernere Entwicklung war es, daß er später in Wien arbeitete und dort die Bedeutung des Sozialismus für die Arbeiterbewegung erkannte. Im Jahre 1889 kam er nach Prag, wo er seitdem wirkt. Die erste Waierversammlung der tschechischen Arbeiterklasse in Prag am 1. Mai 1890 wurde von ihm er-

öffnet. Im Jahre 1897 kandidierte ihn die Partei in die fünfte Kurie in Prag, wo er gegen den berüchtigten Nationalisten Breznobsky unterlag. Im Jahre 1918 wurde er in die Revolutionärsnationalversammlung berufen, 1920 in den Senat gewählt. In den letzten Jahren hat er sich vor allem mit der Organisation der Kleinrentnerbewegung befaßt. Dem wackeren Kämpfer, der seit mehr als 35 Jahren in der tschechischen Arbeiterbewegung wirkt, entbieten auch wir unsere herzlichsten Glückwünsche.

Das dankbare Vaterland. Zu den ärmsten Proletariatsgruppen gehören jene Unfallrentner, die vor dem Kriege das Unglück hatten, im Dienste der Eisenbahn ihre gesunden Glieder zu verlieren, jedoch nicht Mitglieder des Pensions- oder Provisionsfonds waren. Bei manchen Bahnen im alten Oesterreich kam es vor, daß Bedienstete zehn bis zwanzig Jahre warten mußten, bevor sie das Definitivum erreichten und damit auch als Mitglieder in den Pensionsfonds aufgenommen wurden. Verunglückte ein solcher Arbeiter, der noch nicht definitiv war, so wurde ihm die Unfallrente von seinem Taglohn bemessen, welcher in vielen Fällen nicht mehr als 60 bis 90 Kreuzer betrug. Wohl wurde diesen Unglücklichen durch das Gesetz vom 31. Dezember 1921 eine Teuerungszulage zuerkannt, aber wie elend es diesen armen Unglücklichen noch heute geht, lehren einige Fälle, die wir der letzten Nummer des "Eisenbahner" entnehmen. So bezieht der Unfallrentner Franz Dörre in Prochowy bei Bodenbach, der im Jahre 1900 durch einen Unfall den linken Arm und das linke Bein verlor, außerdem aber das rechte Bein zweimal brach, eine Monatsrente von 96 K. Mit dem Zuschuß erhält derselbe gegenwärtig 6 K 50 h per Tag. Die Unfallrentnerin Eva Gieße in Benzen verlor durch einen Verkehrsunfall beide Beine und bezieht eine Rente von 104 K per Monat. Doch lassen wir diese Eisenbahnkrüppel selbst sprechen. Einer derselben schreibt an den "Eisenbahner":

"Laut Eurer Zuschrift teile ich mit, daß mein Unfall sich schon am 11. Oktober 1906 in der Station Brünn bei der Kaiser Ferdinand-Nordbahn ereignete, und zwar durch Ueberfahren mit der Versuchslotomotive, wobei ich eine schwere Verletzung davongetragen habe. Kopf und der ganze Oberkörper war stark verletzt, beim linken Bein war der Unterschenkel vollständig zerquetscht, sodas er abgenommen werden mußte. Der Oberkörper war gebrochen und überdies erlitt ich noch innerliche Verletzungen.

Bei der Bahn war ich schon seit 15. November 1895 bis 30. September 1898, und zwar als Ausschichtungsarbeiter in der Station Ober-Perstsch. Nach meiner Militärdienstzeit war ich in der Station Brünn vom 28. August 1902 bis zu meinem Unfallstode am 11. Oktober 1906 bedienstet.

In der Station Brünn leistete ich Dienste als Stationsarbeiter vom 28. August bis 31. Dezember 1902, von diesem Tage als Wagenschreiber bis Ende 1904. Dann wurde ich als Verschieber eingeteilt, machte aber meist den Dienst als Weichensteller. In letzter Zeit, und zwar bis zum 4. Oktober 1904, machte ich Wagenschreiberdienst, um dann bis zum Unfallstode wieder Verschieber zu sein. Kurz und gut, Mädchen für alles. Jetzt bin ich als Eisenbahnkrüppel ins alte Eisen geworfen und beziehe eine Prozentige Unfallrente per Monat von 75,35 Kronen."

Diese Rente entspricht einer Tagesrente von K 2,50, dazu noch der Teuerungszuschuß von K 3,29 pro Tag, macht zusammen K 5,79. Kann von diesem Betrag ein Mensch leben? Die Lobredner der tschechoslowakischen Republik rühmen den Reichtum und die wirtschaftliche Stärke dieses Staates. Bei der Behandlung der Unfallrentner kann jedoch nicht gesagt werden, daß dieser Staat seine moralischen Verpflichtungen gegenüber den Menschen erfüllt, die ihre Gesundheit und ihre Glieder im Dienst der Eisenbahn verloren. Wer sich als Nachfolger des materiellen Besitzes betrachtet, hat auch die moralischen Pflichten zu erfüllen; und dieses umsomehr, weil dieser Staat Milliarden für den Militarismus verwendet. Für diesen Herbst werden Manöver vorbereitet, die Kosten erfordern werden, von welchen ein Teil derselben ausreichen möchte, um das Los dieser unglücklichen Krüppel menschenwürdiger zu gestalten.

Europas größte Radiostation. Gestern wurde in Saint Assise bei Paris die neue radiotelegraphische Station eröffnet, welche die gleichzeitige Abendung von fünf Sechstel aller außer-europäischen Telegramme ermöglicht. Der erste Abendungsapparat ist für den öffentlichen Verkehr zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten bestimmt. Die Antenne dieses Apparates wird mit einem Strom von 700 Ampere gespeist, d. h. die Leistungsfähigkeit dieses Apparates ist um 50 Prozent höher als die Leistungsfähigkeit der radiotelegraphischen Station in Bordeaux. Im Geschäftsbetrieb wurden über 100 Worte in der Minute erreicht. Die Station in Saint Assise wird durchschnittlich dreihunderttausend Worte in der Stunde abgeben können. Die drei Maschinen dieser Station werden ununterbrochen arbeiten, so daß die Leistungsfähigkeit der neuen französischen Station viermal größer sein wird, als die der stärksten Station der Welt und 35mal größer als die der Station am Eiffelturm. Die neue Station in Saint Assise wird demnach im Stande sein, die Empfangsstationen der ganzen Welt zu erreichen.

Die Dummheit stirbt nimmer aus. In Groß-Umütz wird derzeit eine trigonometrische Vermessung vorgenommen. In den Schnittpunkten der Vermessungslinien werden Steine eingesetzt, die oben mit einem Kranz bezeichnet sind. Bauern der ehemaligen Borozte des jetzigen Groß-Umütz glauben nun, daß es sich hier um eine Parzel-

ierung des Bodens handelt, schaufelten in der Nacht die Steine, die sich innerhalb ihrer Grundstücke befanden, heraus und legten sie entweder an die Grenzen ihrer Grundstücke oder in fremde hinein. Dadurch wurde der Vermessungskommission doppelte Arbeit gemacht und es mußte erst eine Auffklärung an die agrarischen "Geistesfinder" von Groß-Umütz erlassen werden, damit diese, so um ihren Besitz besorgten Bauern, Sinn und Zweck der Vermessungsarbeiten begreifen lernen.

Die Teuerungswelle in Wien soll in den nächsten Tagen eine neuerliche Erhöhung der Straßenbahnfahrkarte mit sich bringen. Für eine gewöhnliche Fahrkarte wird der Wiener in wenigen Tagen 450 Kr. zu zahlen haben.

"Kunstverständnis." Auf dem Karlsbader Friedhof wurde, wie unser Karlsbader Parteiblatt meldet, vom Bildhauer Wilhelm Erb-Schloßbauer ein Grabdenkmal errichtet, das den Unwillen des Stadtbauamtes erregt hat. Das Grabdenkmal stellt eine lauernde Schmerzbewegte Frauengestalt dar und muß vom künstlerischen Standpunkt als das beste Denkmal des Karlsbader Friedhofes bezeichnet werden. Das Stadtbauamt hat an den Stadtrat eine Beschwerde eingeklagt, in der es heißt:

"Die Statue zeigt eine zur Hälfte entblöhte Frauenfigur von eigenartigem Typus und frivoler Stellung, wie ein solches Denkmal auf dem hierortigen Friedhof noch nicht besteht und nach der hieramtlichen Anschauung auch an diesen Ort nicht paßt."

Im Karlsbader Stadtbauamt scheinen tatsächlich sehr wenig kunstverständige Menschen zu sitzen, mit deren "hieramtlichen Anschauung" es sicher nicht weit her ist.

Die Pension im Schweinestall. Nachdem der Gutshof in Hostibar an den Groß-Agrarier Bouley vermiert worden war, sah sich der neue Gebieter des Gutshofes veranlaßt, einen bei dem Gute seit 44 Jahren angestellten Arbeiter zu kündigen und aus der Wohnung herauszuwerfen. Da aber die Gemeinde für diesen Arbeiter keine Wohnung austreiben konnte, wurden die Möbelstücke des Herausgeworfenen unter amtlicher Aufsicht in einen Schweinestall gebracht, in dem die Arbeiterfamilie nun wohnen muß, da sie sonst unter freiem Himmel zu kampieren sich genötigt sehen würde. Eine Beschwerde an das Bezirksgericht Wschowitz blieb erfolglos. — Diese Tatsachen, die wir dem "Rude Pravo" entnehmen, bilden ein neues Kapitel in der sich immer frecher gebenden großagrarischen Herrschaft. Die Herren Großagrarien scheinen sich tatsächlich schon als Herren dieses Staates zu fühlen.

Ein Offizierssohn. Im Sommerhalbjahr 1921 erfolgte in der Wohnung des Korvettenkapitäns a. D. Willeke in Königsutter folgende Diebstähle. Schmuckstücke, Bekleidung und andere Dinge verschwanden trotz aller Wachsamkeit. Zunächst kam das Dienstmädchen in Verdacht und, obwohl es seine Unschuld beteuerte, wurde gegen dasselbe eine Untersuchung eröffnet. Dann fand man einen Teil der entwendeten Sachen bei dem Tröbler Winter in Königsutter und nun stellte es sich heraus, daß der eigene Sohn des Korvettenkapitäns die Sachen gestohlen und verkauft hatte, um sich Taschengeld zu verschaffen. Angeklagt wurde nicht der hoffnungsvolle Jüngling — Paragraph 247 des Strafgesetzes bietet ja die Handhabe, in solchen Fällen den Täter laufen zu lassen — sondern der Tröbler und seine Frau. Sie sollten gewußt haben, daß der junge Willeke die Sachen seinen Eltern gestohlen hatte und gewerbmäßige Hehlerei betrieben haben. Das Schöffengericht Königsutter verurteilte Winter zu einem Jahr Gefängnis, seine Frau zu 500 Mark Geldstrafe. Die Braunschweiger Strafkammer bestätigte das Urteil. Die Winter hätten den diebstahligen Jungen ausgenutzt, heißt es in der Begründung. Hauptbelastungszeuge war Willeke junior, daß dieser Zeuge das Bedürfnis haben mußte, sich möglichst zu entlasten, hat das Gericht bei seiner Straffestsetzung augenscheinlich übersehen.

Auf der Gerlsdorfer Spitze in der Tatra will der Karpathenverein eine Sternwarte errichten. In der letzten Ausschusssitzung des Karpathenvereines wurde dieser Beschluß gefaßt und man will an alle maßgebenden Stellen herantreten, um eine Unterstützung dieses Planes zu erreichen.

Ein Institut für auswärtige Politik soll der Universität Berlin angegliedert werden. Die Leitung des Institutes soll, wie die Blätter melden, dem Professor Mendelssohn-Bartholdi an der Hamburger Universität und derzeitigen Leiter des Archives für Fragen der auswärtigen Politik und des Friedensvertrages übertragen werden.

Halbe Bismungebühr für Badegäste. Die tschechoslowakischen Vertretungsämter sind ermächtigt worden, Angehörigen fremder Staaten, die auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses etc. bewiesen können, daß sie in die tschechoslowakische Republik zum Zwecke des Aufenthaltes in irgend einem tschechoslowakischen Badeorte reisen, das Bism gegen die Hälfte der Gebühren auszustellen. Das Bism ist mit einer besonderen Klausel zu versehen, daß es einzig nur zum Zwecke eines Badebesuches ausgestellt worden ist. Diese Herabsetzung der Visagebühren gilt vorläufig nur für das Jahr 1922.

Neue Typhuserkrankungen in Prag. In der Zeit vom 2. bis zum 6. August wurden in das Weinberger Krankenhaus sieben Personen eingeliefert, die an Bauchtyphus erkrankt sind. Unter den Erkrankten befinden sich keine Studenten. Von diesen sieben Personen sind bereits fünf der häuslichen Pflege übergeben worden, da sich die Erkrankungen als leicht erwiesen.

### Kleine Chronik.

## Eine furchtbare Eisenbahnkatastrophe in Amerika.

#### Schzig Tote. — Ertrunken oder verbrüht.

St. Louis, 6. August. (Gavas.) Bei einem Zusammenstoß eines Schnellzuges mit einem Personenzug bei Sulphur Springs (Missouri) wurden 60 Personen getötet und 100 verletzt. Viele Personen erlitten durch den aus der Schnellzuglokomotive ausströmenden Dampf so schwere Wunden, daß sie starben.

Ueber das Eisenbahnunglück bei Sulphur Springs werden folgende Einzelheiten gemeldet: Das Unglück wurde durch einen Zusammenstoß des Schnellzuges der Missouri-Pacific-Bahn mit einem Lokalzug verursacht, der das Hauptopfer des Zusammenstoßes wurde. Einige seiner Wagen wurden in einen Pfah geworfen. Die Reisenden ertranken oder

wurden durch den aus der umgestürzten Lokomotive strömenden Dampf zu Tode verbrüht. Einige Reisende und die Trümmer der Waggons wurden weit weggeschleudert. Ein Wagon mit Stauts wurde zertrümmert, zahlreiche von den Stauts verletzt. Die Verletzten beteiligten sich wirksam an den Bergungsarbeiten. An die Unglücksstätte wurden drei Hilfszüge entsandt, auf welchen freireisende Eisenbahner den Dienst übernahmen. Die Identität der Opfer konnte nicht festgestellt werden, da ihre Körper erschrecklich verunstaltet sind. Die Reisenden des Schnellzuges erlitten bloß Abschürfungen und nur der Lokomotivführer wurde getötet.

von einer Studienreise durch Europa nach Amerika zurückgekehrt und hat sich über die Eindrücke, die er dabei gewonnen hat, in einer für die Zukunft des europäischen Theaters geradezu vernichtenden Weise geäußert. Nach seiner Meinung steht Amerika an der Spitze der Theaterwelt, und die Länder Europas können gar nicht daran denken, mit den amerikanischen Bühnen auch nur in einem Atem genannt zu werden. Ueber diese Sache er sein Urteil in den vernichtenden Worten zusammen: „Die Bühnen Europas leiden hoffnungslos an toibringender Blutsvergiftung.“ — Ach nein; sie leiden an ganz etwas anderem: an Europas katastrophaler Verarmung.

### Bei den Straßenklavieren in Mähren.

Zu den Dingen, an denen der Umsturz nicht das Mindeste geändert hat, gehören die mährischen Straßenausschüsse. In geradezu vorfindstlicher Unveränderlichkeit haben sie sich erhalten als Zeugen altösterreichischer „Gemütslichkeit“ und des nährlichen altösterreichischen Patriarchentums. Während in Böhmen die Bezirksvertretungen vielfach eine Aenderung in ihrer Zusammensetzung in dem Sinne erfahren, daß das Stärkeverhältnis der politischen Parteien zu berücksichtigen war, blieben die mährischen Straßenausschüsse völlig unverändert bestehen. So besteht beispielsweise der Straßenausschuß für den Bezirk Rómersdorf aus dem Großindustriellen Herrn Volkmann als Obmann, drei wohlhabenden Kaufleuten, einem Leinenfabrikanten und drei Großbauern. Dieser Straßenausschuß — die anderen Ausschüsse sind ähnlich zusammengesetzt — wahrt nur die Interessen der Besitzklasse, der er ja selber angehört. Diesen Straßenausschüssen nun sind die Straßenausschüsse der Städte völlig schulplos und wehrlos preisgegeben, der Straßenausschuß handhabt seiner Gewalt geradezu despotisch-brutal; wie das geschieht, soll auch die weite Öffentlichkeit erfahren.

Im Bezirk Rómersdorf in Nordmähren sind zurzeit 29 Straßenausschüsse beschäftigt. Man muß sich erinnern, wie die Leute angestellt worden sind. Da mußten sie neben dem Nachweise der Staatsbürgerschaft noch das Wohlverhaltenszeugnis der Gemeinde, womöglich auch den Militärpaß oder den „Abschied“ vorlegen, dann legten sie ein Geldbündel ab; sie traten nun in „öffentliche Dienste“ und stehen noch drin. Als Gehalt beziehen sie 200 K bis 220 K, zwei Hilfsstraßenausschüsse beziehen sogar 100 Kronen monatlich! Da muß aber bemerkt werden, daß

der löbl. Straßenausschuß die „Gehälter“ bereits „reguliert“ hat; denn bis zum Schlusse des Vorjahres betrug der Durchschnittslohn sage und schreibe neunzig K! Und diesen Schund- und Schandlohn zahlten die Herren, trotzdem bereits das Gesetz vom 17. Dezember 1919 erlassen war, durch welches die Bezüge auch der Gemeinde- und Bezirksbediensteten geregelt wurden.

Freilich spricht das Gesetz nur von jenen Bediensteten, die ihre Dienste ausschließlich dem Bezirke oder der Gemeinde widmen. Und an jenen Paragraph 3 des angeführten Gesetzes klammern sich die Herrschaften. Der Straßenausschuß sagt nämlich, die Straßenausschüsse üben ihren Dienst eben nur im Nebenberuf aus, hätten zumeist ein kleines Bestium, hätten die Grasnutzung, besonders aber: sie brauchen durch mindestens fünf Wintermonate fast nichts zu arbeiten. Tatsache aber ist, daß nur einige wenige Häusler darunter sind, daß z. B. einer im Winter seine Ziege verkaufen mußte, um nicht zu verhungern. Wegen der Grasnutzung führt der Straßenausschuß in Rómersdorf mit den anrainenden Bauern einen Prozeß, der bisher an 27.000 K gekostet hat. Als Wertwürdigkeit sei auch die Tatsache festgehalten: einige Wärdter haben in Verwirklichung eines sehr guten Gedankens Kirchsäume in die Alleen gepflanzt. Jetzt, da die Bäume Früchte tragen, kommt der Straßenausschuß und die Wärdter können, wenn sie wollen, die von ihnen selbst gepflanzten und gepflegten Bäumchen pachten.

Es ist ein sehr beliebter Vorwurf gewisser Leute, den Arbeiter als verkappten Faulenzer hinzustellen. Auch einige Mitglieder der Rómersdorfer Straßenausschüsse scheinen zu glauben, die Straßenausschüsse bezogen ihre Riesengehälter umsonst, um sie nach Art echter Schmarotzer in den Wintermonaten zu vergeuden und zu verprassen. Ob denn die Herren wirklich im Winter noch nicht draußen auf „ihren“ Straßen gewesen sind? Dann hätten sie auch auf einen schneehauselnden Straßenausschüsse stoßen können. Vielleicht interessieren den Straßenausschuß auch die außerordentlich schweren, die Gesundheit, ja sogar das Leben bedrohenden Arbeiten auf den Straßen zurzeit der Laubschwämme, d. i. der Herbstregen, oder zur Schneeschmelze! Und noch eins: die Straßen leiden unter dem Verkehr der Schwerverkehrer und der Lastautomobile; der Wärdter, der gerade eine solche Straße bedient, müßte Wunder tun können, die ihm anvertraute Strecke in gutem Stande zu erhalten. Dabei aber wird die Inspektion der Straßenausschüsse recht strenge durchgeführt. Um zu erkennen, wie miserabel die Verhältnisse der Straßenausschüsse im Bezirk Rómersdorf sind, genügt

ein Vergleich der Bezüge mit den durch das Gesetz vom Dezember 1919 festgelegten Gehaltsstufen. Zunächst kennt der Rómersdorfer Straßenausschuß durchwegs nur eine Stufe: 200 K bis 220 K, er berücksichtigt weder Dienstalter noch Familienverhältnisse der Straßenausschüsse. Anschaffungsbeiträge, Teuerungszulagen sind für den löbl. Ausschuß überhaupt Fremdwort. Ausschußwärdter bekommen, es sei dies wiederholt, 100, d. i. einhundert Kronen monatlich ausgezahlt! Wie jeman sich, sein Weib und sieben Kinder mit 200 K monatlich erhalten soll, und dabei auf diesen „fürstlichen“ Gehalt angewiesen ist, das Rätsel ist kaum lösbar. Oder ist es glaublich, daß ein Mann, der im Jahre 1849 geboren, seit dem Jahre 1879, also durch 43 Jahre im Dienste steht, heute noch mit 200 K „Gehalt“ leben muß, nachdem er durch vier Jahrzehnte Bettelkreuzer als Entlohnung erhalten hat? Um noch ein drittes Beispiel anzuführen: ein Wärdter, der seit 27 Jahren Dienst tut, für sieben Familienglieder sorgen muß, bekommt 220 K monatlich „Gehalt“ ausgezahlt, das macht für eine Person für einen Tag rund eine Krone aus. Geradezu aufreißend wirkt nun die schamlos betriebene Sparwirtschaft, wenn man, wie gesagt, die Bestimmungen des § 14 des angeführten Gesetzes vergleichend ansieht. Das Gesetz kennt — je nach der Länge der Straßensstraße drei Sätze: 1600 K, 1400 K und 1200 K. Jenes Gesetz vom Dezember 1919 ist durch das verächtliche Dezembergesetz des Vorjahres verstimmt worden; Anschaffungsbeiträge, Rotauschüsse sind gestrichen, nur die Teuerungszulagen sind von 50 Prozent auf 100 Prozent erhöht. Selbst wenn man den niedrigsten Satz, 1200 K, annimmt, so ergibt eine oberflächliche Rechnung, daß der Bezirk Rómersdorf an dem vorhin erwähnten dreiundsechzigjährigen Straßenausschüsse, der 43 Jahre Dienst macht, 2400 K erspart. Er bezieht tatsächlich 2400 K jährlich, nach dem Dezembergesetz von 1921 betrug sein Grundgehalt 1200 K, dazu kamen 8 Dreijahrszulagen zu je 12,5 Prozent des Grundgehaltes mit 1200 K; überdies müßte er 100 Prozent der Gesamtbezüge als Teuerungszulage erhalten, insgesamt also 4800 K jährlich ausbezahlt erhalten. An den 29 Straßenausschüssen „erspart“ der Rómersdorfer Bezirk jährlich mehr als 27.000 K, also jenen Betrag, den die Kosten des vorerwähnten Prozesses ausmachen.

Diese grausame Notlage, in der die Straßenausschüsse von Rómersdorf verkommen, hat den Verband der öffentlichen Angestellten (mit dem Sitze in Reichenberg) schon mehrfach veranlaßt, einzuschreiten. Vor vierzehn Tagen verhandelte die Genossen Hoffmann, Bahr und Mahner mit einigen Mitgliedern des Straßenausschusses, den Herren Volkmann, Aufscher und Räder. Abg. Genosse Max Hoffmann kennzeichnete die ganze brutale Rücksichtslosigkeit dieser Unrechtsverhältnisse, doch die Herren verschanzten sich, wie gesagt, hinter das Gesetz. Und als Genosse Hoffmann u. a. erwähnte, daß einzelne nordböhmische Bezirke die Straßenausschüsse noch heute nach dem Gesetze vom Jahre 1919 bezahlten, auch wenn die gesetzlichen Voraussetzungen nicht zur Gänze erfüllt sind, meinte der Fabrikant Herr Volkmann zu seinen Kollegen: „Wärdten Sie da nicht auch Straßenausschüsse sein?“ Was würde der Herr Volkmann sagen, wenn er nach Jahrzehnten angestrengter pflichttreuer Arbeit mit seiner Familie auf ein Monatseinkommen von 1700 K gesetzt würde? Wenn Herr Volkmann die Meinung ist, 1700 K als Monatseinkommen seien für eine anständige Führung eines Haushaltes genügend, dann mag er auf das Mehr, das er sicherlich hat, zugunsten der anderen verzichten. In dieser erwähnten Aussprache äußerten die Vertreter der Straßenausschüsse auch noch andere Anschauungen; sie wollten über-

### Erweckung.

(15)

Ein Roman von Oskar Maurus Fontana.

Und sie wurde Frau — Frau, die Wunden der Männer verbindet, die Wunden mit einem Lächeln vergessen macht, die hinter den Schlachten des Lebens geduldig in Mütterlichkeit auf die Kämpfenden, blutend zurückkehrenden Lieben wartet und in ihrem Anblick sich vergißt und die eigene Notdurft.

„Vom alten blinden Schimmel?“

„Ja“, antwortete ein Kind.

Ihre Augen glänzten, als sie begann. „Es war einmal ein Schimmel, der diente treu und brav. Da wurde er alt und blind. Sein Herr verjagte ihn. Der Schimmel wußte nicht Rat und irrte stolpernd umher. Da fand er ein Seil und zog mit den Zähnen und die Glocke läutete, die Glocke läutete.“ Tränen überschwemmten plötzlich stürzend ihre Wangen. Sie konnte nicht weiter. Sie sagte noch: „Bruder!“, beugte sich über ihn und küßte ihn.

Die aus den Wolken gedrochene Sonne lag breit auf ihnen. Viel Sonne.

7.

Lange sahen so die Geschwister. Mit einem Male nahte sich ihnen Laska. Er trug mit der linken Hand einen Teller, von dem es in die eiskalte Luft dampfte. Als er vor ihnen stand, reichte er die Suppe der verwirrt aufsehenden Jeltka, hatte verängstete Augen und stotterte schlenkernd: „Da, trinken Sie. Es gut nach Eisenbahnfahrt und dem allen.“

Sie sah ihn an, verstand nicht. Als er sie aber untwilling anherrschte: „Trinken Sie!“ überströmte sie sich Beglückung und gehorsam wie ein Kind trank sie, zu ihm aufsehend. Sie setzte ab, sah seine Hand, die er ihr gleich entriß, und sagte: „Danke.“

„Da ist nichts zu danken. Wen der Herr zerreißt, den reiht er der Anecht auf — sagen wir.“ Und er wandte sich ab, ging schnell in die Wanderschaft.

Die Geschwister sprachen von ihm, erzählten einander. Jeltka hatte ihn kaum gefannt. Als sie in die Welt wegging, war er gerade wieder in der Heimat bei den Türmen erschienen, krüppelhaft von dieser Welt. Nun aber kam ihr aus der Suppe, die ein Fremder gebracht hatte, alle Wärme des Mensch mit Menschen Seins. Ihre Augen begannen zu strahlen und sie fühlte wieder an den Bruder gelehnt, freudigen Mut.

So ging sie zum Turm, so wollte sie ihr Zimmer wieder sehen. Als sie vor dem Turm stand, schallte ihnen lattes, sich entblühendes Lachen Laskas entgegen. Da riß sich Stofflos und floh jätternd. Erst in der Ferne wagte er sich umzusehen, breitete die Arme und rief: „Schwester!“ Aber das überfiel ihn wie ein Beil, daß er beim Breiten der Arme und beim Rufen nicht an die Schwester, sondern an die Laskende, das braune Gesicht von schwarzen Strähnen umrahmt, gedacht hatte. In Schuld wanderte er weiter, wäre am liebsten nie wieder umgekehrt, wenn nicht die Schwester. — Da sah er sich wieder in Zweifel, ob es Lüge oder Wahrheit war, wenn er nur der Schwester willen nach Stunden umzulehren gedachte oder ob nicht — Er unterbrach den Gedanken, zerriß und zerstückelte ihn grausam. Er sagte sich leise vor: Schwester, er wiederholte laut: Schwester, er schrie in den Wind: Schwester — aber immer wieder sah er das braune Gesicht von schwarzen Strähnen umflochten. Da ließ er ab, kletterte über Schneeflohlen und Gruben mit der Faust eines verflochten Tieres. Ein Habicht stand über ihm, in der ganz klaren Luft, und schrie.

Jeltka sah ihn nach. Sie verstand seine plötzliche Flucht nicht, fühlte auch hier Unruhe und Dual des Daseins. Ihre Freude erlosch, ihr Mut

senkte sich. Sie konnte ihm nicht helfen, sie wußte nicht seine Not.

Und er konnte er ihr nicht helfen, er wußte nicht ihre Not. Da erkannte sie die tiefste Ohnmacht aller Liebe, die ins Leere hineinruft, in den Nebel den Reichtum der Gaben verschüttet. Sie sah den tätigen Menschen sinnlos durch Sinnloses jagen, bis ihn eine längst gegrabene Grube höhnisch auffing. Aber sie sah auch den, der liebte, der Seele an Seele sich dem Leuchten ewiger Sterne verschenten wollte, hilflos umhertappen, gefangen in dem Kerker seines einzelnen Lebens, daraus zu demern zu kommen ihm für immer verwehrt war. Und ihr graute.

Sie stand in dem Zimmer ihres Mädchentums, von dem sie in verweinten Nächten mit lange zögerndem Morgengrauen geträumt hatte, und dieses, obgleich es unverändert sich bewahrt hatte, war ihr fremd. Sie nahm den Stuhl in die Hand, streichelte über das Bett, küßte den Spiegel, aus dem ihr altes Violett entgegenkam, ging an das Fenster, sah die Kette der zerrissenen Berge mit Schründen und Abgründen wieder — aber ein jedes war abgelebt, ein jedes sah sie wie aus einem Grabe an, dunkel, verfallen zerbrochen.

Sie erinnerte sich, wie sie der Bruder unten am Brunnen, an ihr Herz gelehnt, nach einem langen Schweigen bekommen gefragt hatte: „Schwester, wer hat das gemacht, daß du so aufschreist aus deinem Munde, der einmal Lieder gesungen hat!“

Sie hatte nicht geantwortet, hatte fassungslos geschwiegen. Wieder hörte sie diese zerstörende Frage, hörte sie aus den Gräbern aller dieser gelebten Dinge und hatte nicht Antwort, wollte nicht Antwort.

Seimat! Sie fing an, sie zu hassen, Sie hatte sie geliebt, sich in allen Kümernissen, in allen geschändeten Tagen reitend an sie geklammert. Jetzt aber in der Stunde des Wiedersehens wa-

ren alle Dinge zu Schatten geworden, waren alle Dinge voll der entsetzlichen Kälte des Nichtmehrseins, füllten sie nicht mit beseligenden Antworten der Erinnerungen, sondern forderten von ihr Antwort, forderten mahmend, richterlich und ohne Sanftheit.

Ihr fiel ein Kabarett ein, eine kleine Bühne, ein Brett. Auf das war sie getreten und hatte gesungen, ein dummes gleichgültiges Chanson mit dem Refrain: „O Küsse geben, o Frühe heben, o Leben!“ Die Melodie leierte durch ihren Kopf und sie sah sie unten sitzen, fette Herren mit berühten Händen, kleine zierliche Damen, gestern noch Bräute, heute die Lippen gespißt von Neugier nach dem Laster. Haß erfüllte sie. Und sie sah sich dumm und fröhlichhaft, mit der Musikmappe zu dem Tenoristen eilen, bei dem sie ganz im Anfang gelernt hatte. Er sah verschlafen mit frühwerteltem Gesicht auf eine Witwe, hörte zu, tätschelte ihre Wangen und sagte: „Kind, es geht schon besser.“ Und dann erzählte er Witze aus dem Theater und seine neuesten Liebesabenteuer. Plötzlich sah sie sich im Wärdchen, im Hauptbahnhof, einsteigen in den süddeutschen Nachtschnellzug. Der trohe jubelnde Lärm der sommerlichen Nacht klang bis in den Bahnhof, war von dem Geschiebe der Menschen und Waggons, den Signalen der einfahrenden und ausfahrenden Züge nicht zu überhören. Und sie war glücklich, wie diese Stadt, hingegeben der Freude. Er stand am Perron, Legationssekretär der französischen Botschaft, vornehm, jugendlich, elastisch und mit prachtvoll strahlenden Raubtieraugen. Sie erinnerte sich, wie er ihr zuwinkte, als der Zug aus der Halle fuhr, wie auch ihr Lächeln flatterte und wie sie glücklich war, glücklich im Bordesfliegen der sommerlichen Nachlandschaften, der freudigen Streckenlichter, dem seligen Ausleuchten von Funken,

(Fortsetzung folgt.)

haupt alle Straßenwärter entlassen und für den Bedarf Tagelöhner mit 7 K täglich einstellen. Die Herren meinen nämlich, die Entlassung verfügen zu können, weil die Anstellung doch nur provisorisch ist und keine Verbindlichkeit daraus für den löbl. Straßenausschuss erwachsen sei. Diese Anschauung kennzeichnet den völligen Mangel des sozialen Empfindens dieses Ausschusses zur Geringe. Ebenso unsozial und hart ist eine zweite Meinung: es soll die Zahl der Straßenwärter herabgesetzt werden, damit die „Ersparnis“ dann den andern zugute käme. Ein verurteilt geladener Einfall! Da bräuchten die Herren die alten, die ausgehenden, ausgemergelten Arbeitsmenschen mit einem Schläge los! Oder vielleicht die, welche widerpenstig auf ihrem Rechte verharren. Diese Art „Gehaltsregulierung“ zeichnet in schärfster Beleuchtung das Charakteristische des Unternehmertums und seine unverhüllte Absicht, die Arbeitsmenschen völlig hinabzustoßen in den Sumpf willen- und gedankenloser Lumpenproletariats.

Dabei sind die Herren, davon sind wir überzeugt, ausgezeichnete „Deutsche“ und noch ausgezeichneter „Christen“, die ihren Katechismus sicherlich sehr gut kennen. Es ist Sache der Regierung, so sorgen, daß die mehrfachen Straßenausschüsse, einigermaßen „modernisiert“ werden; es ist Sache des mehrfachen Landesverwaltungs Ausschusses, den Bezirken die Mittel zu bewilligen; denn die Römerstädter Ausschüßler machen den L. A. in Brünn verantwortlich, daß sie nicht können, wie sie doch gerne wollten. Es wird aber vor allem auch Sache des Parlaments sein, das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Bezirks- und Gemeindeangestellten so auszugestalten, daß an ihm nicht gemäkelt werden kann.

Abg. Max Hoffmann.

Vorschlag der Unternehmer lang das Bestreben, der Mühlenarbeiterschaft eine ganz gehörige Weinträchtigung und Verschleppung ihres bisherigen Lohnneinkommens zuzumuten, jedenfalls hat das Vorgehen der tschechischen Großmühlen in Prag hier Schule gemacht, und die Herren Unternehmer sind gewiß der Anschauung, daß der Mühlenarbeiter auch ohne entsprechenden Lohn sein Dasein freisten kann. Die Unternehmer verlangten einen 15prozentigen Abbau der ohnehin niedrigen Löhne, Wegfall der bisherigen Familienzulage und des Anschaffungsbeitrages, die Verringerung der Ueberstundenlohnung um die Hälfte und die Nichtzahlung der bisher gewährten Entschädigung an Feiertagen, wo nicht gearbeitet wurde, wie Oftern, Pfingsten, 1. Mai usw. Also gerade bescheiden waren die Herren in ihrem Vorhaben nicht, den Arbeitern in ihren Betrieben den Drotford höher zu hängen.

Am 28. Juli waren nun die ersten Verhandlungen über diese Vorschläge, und, wie nicht anders zu erwarten war, mißlingen dieselben infolge der Hartnäckigkeit der Unternehmer, die von ihrem Vorhaben nicht abgingen, als erfolglos abgebrochen werden, da nicht die geringste Annäherung erzielt wurde. Die Vertreter der Arbeiter gaben die Bereitschaft zu erkennen, durch Verzicht auf die Familienzulage eine Verhandlungsbasis zu schaffen. Das genigte den Unternehmern nicht, und sie bestanden darauf, daß auch durch Wegfall des Anschaffungsbeitrages dann über die Lohnfrage gesprochen werden soll. Die Arbeitervertreter berieten sich darauf, daß sie zu einem weiteren Verständnis keine Vollmacht besitzen, und deshalb wurden die Verhandlungen abgebrochen und am 3. August l. J. wieder fortgesetzt. Auch bei dieser Verhandlung ist keine Einigung erzielt worden, trotzdem von beiden Seiten Konzessionen gemacht wurden. Die von Seite der Unternehmer gemachten Zugeständnisse konnten von den Vertretern der Arbeiter nicht als ausreichend angesehen werden, und es soll der ganze Komplex der gegenseitigen Differenzen der Arbeiterschaft in den Betrieben zur Entscheidung unterbreitet werden. Wie nun diese Entscheidung ausfallen wird, davon hängt das Wohl und Wehe des neu zu schaffenden Vertrages ab, und wenn die Herren Unternehmer erklären, lieber die Betriebe zu sperren als weitere Zugeständnisse machen zu können, so kann dem nur entgegengehalten werden, wenn die Herren meinen, damit einen Einbruch hervorzurufen zu können, so dürfte das wohl keineswegs der Fall sein, aber eines soll hier nur gesagt werden, daß die Mühlen nicht aus Liebe zu den Beschäftigten betrieben werden. Wir kennen Unternehmer, die kulant genug sind, offen zum Ausdruck zu bringen, daß die Wünsche der Unternehmerorganisation auf Herabsetzung der Löhne und sonstigen bisherigen Einkünfte der Mühlenarbeiter zu hoch gestellt sind und damit die Arbeiter geradezu zum Widerstande reizen. Die Kollegen aus der Mühlenbranche werden aufgefordert, in dem nordwestböhmischen Industriegebiet keine Arbeitsangebote zu machen, um sich nicht selbst und auch den ganzen Beruf zu schädigen. Vor Arbeitsaufnahme erlunde man sich erst in der Verbandskanzlei Bodenbach a. C., Robert-Blum-Straße 2.

**Der Kampf im Warenhause Wertheim beigelegt.** Der Zentralverband der Angestellten Deutschlands teil mit: Der Streik in sämtlichen Warenhäusern der Firma A. Wertheim ist am Freitag durch Vergleich beigelegt worden. Die Arbeit wird am 5. August in vollem Umfange wieder aufgenommen.

**Vor einer Vereinbarung der zwei Petroleumtrusts?** Die beiden großen Petroleumtrusts, der amerikanische Standard Oil und der englisch-holländische Shell-Trust sind nach Zeitungsmeldungen im Begriff, eine Vereinbarung bezüglich der russischen Petroleumquellen zu treffen, die ein enges Zusammengehen dieser Trusts herbeiführen würde. Falls sie zustande kommt, — was in erster Linie von der Haltung der Sowjetregierung abhängt —, wird ein wichtiges Kapitel in der Geschichte des Dellokapitalismus zum Abschluß gelangen. Seit dreißig Jahren dauert der Wettkampf zwischen diesen Riesentrusts. Die Shellgruppe arbeitete mit politischem Hochdruck, die englische Regierung konnte die Ziele dieser Gruppe mit politischen Mitteln fördern, wogegen die weniger gewandte amerikanische Diplomatie nicht aufkommen vermochte. So gelang es der Shellgruppe im eigenen Gebiet des Standard Oil, in den Vereinigten Staaten selbst, festen Fuß zu fassen. Auch im Vertrag von San Remo bezüglich der mesopotamischen Ölquellen, wie früher bei der Anlegenheit der Djambi-Delfelder in Holländisch-

Indien kam der mächtige amerikanische Trust gegenüber der kleineren Shell-Gruppe ins Hintertreffen. Vor kurzem entspann sich ein heftiger Wettkampf der zwei Trusts in Mexiko; hier wieder hat die Standard Oil mit politischen Mitteln, die Shell-Gruppe jedoch durch ihre Preispolitik die andere zu überbieten gesucht. Gelegentlich haben sich zwar die beiden Trusts bezüglich der Preisbestimmung ihrer Produkte für einzelne Gebiete geeinigt, die Vereinbarung in betreff der russischen Petroleumquellen würde jedoch von weitergehender Bedeutung sein und vielleicht eine neue Epoche des Dellokapitalismus eröffnen.

**Die Kinderarbeit in den Vereinigten Staaten.** Im September 1916 nahm der amerikanische Kongress mit großer Mehrheit ein Gesetz an, welches den interkontinentalen Transport von Waren untersagte, die in Fabriken hergestellt werden, welche Kinder unter 14 Jahren beschäftigten. Das Verbot galt auch für Arbeitgeber, die Kinder zwischen 14 und 16 Jahren mehr als acht Stunden pro Tag und sechs Tage pro Woche beschäftigten. Die Intervention des Kongresses war auf diesem Gebiete angesichts der ständelösen Fälle von Kinderarbeit, und zwar hauptsächlich in den südlichen Baumwollstaaten, unbedingt notwendig geworden. In verschiedenen Staaten bestand nur eine sehr mangelhafte Gesetzgebung für den Schutz der Kinder, was zur Folge hatte, daß viele Industrielle unter der Schmutzkonkurrenz der Industrie derjenigen Staaten zu leiden hatten, wo die Kinderarbeit nicht gesetzlich geregelt war. Der Beschluß des Kongresses schützte einerseits eine Reihe von Unternehmern vor derartiger Schmutzkonkurrenz und andererseits die Kinder vor schändlicher Ausbeutung.

### Kurze der Wäuten.

**Prager Kurse.** Es kosten: 100 holl. Gulden 1586.50, 100 Mark 5.65, 100 schweiz. Franken 77, 100 Lire 187.25, 100 franz. Franken 333.25, 1 Pfund Sterling 182.5, 1 Dollar 40.95, 100 belg. Franken 315, 100 Dinar 47.75, 100 österr. Kronen 0.12, 100 poln. Mark 0.69, 100 ung. Kronen 2.25.

**Wiener Kurse.** Berlin 0.68, Wien 0.01, Prag 12.75, Holland 203.60, New York 5.25, London 23.44, Paris 42.97, Mailand 24.22, Budapest 0.27, Agram 1.57, Warschau 0.08, Wien gest. 0.01.

## Aus der Partei.

### Eröffnung der Parteischule.

Die Eröffnung der Parteischule ist Sonntag, den 6. August im Zeichenlaale der Volksschule in der Hans Heilinggasse in Karlsbad erfolgt. Namens der Zentralfstelle für das Bildungswesen begrüßte Genosse Kůdł, Teplý, den Genossen Dr. Kerner, der für den Lehrkörper anwesend war, eben so die fast vollständig erschienenen Schüler. Für den Parteivorstand und die Kreisorganisation Karlsbad war Genosse Hillebrand, für die Zentralgewerkschaftskommission Genosse Palme, für die Kreisgewerkschaftskommission Genosse Scharing, für die sozialdemokratische Bezirksorganisation Genossin Buzok und Genosse Sattler, und für die sozialdemokratische Stadtvertreterfraktion waren die Genossen Dr. Simon und Dr. Sahn anwesend. Namens des Parteivorstandes und der sozialdemokratischen Körperschaften hieß dann Genosse Hillebrand die Lehrer und Schüler herzlich willkommen. Er verwies auf die ernste planvolle Arbeit, die zu leisten sein wird, damit dann die Schüler die gewonnenen Erkenntnisse hinausbringen können in die Massen, um dann in höherem Maße als bisher als starke Berater und Erzieher beim Befreiungskampfe des Proletariats zu wirken. Aus Anhängern der Partei sollen vielen klaren Sozialisten werden, die geistig heranreifen zur befreienden Tat und befähigt sind zur Eroberung der Welt für den Sozialismus. Namens der Gewerkschaftsorganisation begrüßte Genosse Palme die Parteischule und verwies auf das traditionelle Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft. Dieses Gefühl der Gemeinsamkeit des Kampfes soll eine Stärkung erfahren. In diesem Sinne werden die Teilnehmer an der Parteischule praktisch zu wirken haben. Nun hielt Genosse Dr. Kerner eine einstündige Eröffnungsrede, die mit größter Spannung angehört wurde und deren Inhalt wir morgen nachtragen werden. Nach einigen Mitteilungen, die sich auf die Organisation der Parteischule bezogen, schloß hierauf Genosse Kůdł die Veranstaltung.

## Turnen und Sport.

**Fußball.** Die deutsche Meisterschaft unentschieden. Sonntag spielten in Leipzig der 1. FC. Nürnberg geg. S. W. abermals unentschieden. Trotz Verlängerung blieb das Spiel 1-1 (0-0). Von Nürnberg wurden vier Spieler wegen foulen Spielcs ausgeschlossen. Das Spiel wird nochmals wiederholt. 50.000 Zuschauer. — Fußballrejuvenate in Prag. Meisterschaft 1. Kl.: G. U. C. g. Ruzelstř SK. 1-1 (1-0), Sparta Kofchirř g. SK. Krolechab 4-3 (2-2). — Mähr.-Ostrau: Samstag: Wiener Sportklub geg. D. S. Witkowiř 5-2 (1-0), Sonntag: Wiener Sportklub geg. Slovan 4-2. — Stockholm: Amateure Wien geg. Durgarden 3-1. Göteborg: G. U. C. geg. F. C. Budapest 3-0. Magdeburg: Floridsdorfer AC. Wien geg. Viktoria 1896 3-1. Mannheim: Spielvereinigung Fürth geg. VfB. Mannheim 2-0. Krefeld: Städtepiel Krefeld geg. Köln 4-0. Chemnitz: Städtepiel Chemnitz geg. Hannover 4-1. Berlin: Norden Nordwest geg. B. C. Köln 1-0, Pfeil Leipzig geg. Minerva 1-2 und geg. Berliner B. 2-0. München: W. C. Wien geg. W. B. 1897 1-1. Wien: Hertha geg. Kornenburg 1-1. Stuttgart: Stuttgarter Kickers geg. Wacker München 3-3. M. Gl. A. B. A. C. Wien geg. Eintracht 7-1. Kronenberg, 5. Aug., AC. Sparta Prag, Erfahrungsmannschaft gegen Cronberger SC. 11-2 (6-0). Düsseldorf, 6. d., AC. Sparta Prag Cf. geg. Bonessia 2-0.

**Luftweitsprung um London.** Gestern fand der siebente Luftweitsprung um London statt. Die Bahn, die zweimal durchflogen wurde, mißt im ganzen 200 Meilen. Zu dem Fluge haben sich zehn Flieger gemeldet. Unter ihnen befindet sich der Londoner Sieger James, der mit seiner Maschine die im vorigen Jahre erzielte Geschwindigkeit von 160 Kilo pro Stunde zu erreichen hofft.

**Im Gordon-Bennet-Weitsprung** starteten Sonntag in Genf vormittag 19 Ballons. Den Start beendigten 5000 Personen. Beim Abfluge herrschte Südwestwind.

**Nadrennen hinter Motorsführung.** Im Prager Stadion wurden am Sonntag nicht weniger als sechs Weltrekorde im Radfahren hinter Motorsführung geschlagen. Stellbrink schlug die Rekorde auf 20, 40, 50, 60 und 80 Kilometer, Kettefbeck den Rekord auf 10 Kilometer. Der deutsche Fahrer Kettefbeck wurde durch einige Pannen gezwungen, oft das Fahren zu unterbrechen, wodurch es Stellbrink gelang, beim 80 Kilometer-Rennen die Führung und einen neuen Weltrekord zu erreichen.

**Der Tepliger FA. in Argentinien.** Der Tepliger FA. trug Sonntag in Buenos Aires gegen ein argentinisches Team das erste Match aus. Es endete 1-1, unentschieden. Die Spieler wurden von den enthusiastischsten Zuschauern vom Platz getragen.

**Leichtathletik. Dreiländerkampf: Tschechoslowakei-Polen-Jugoslawien.** 1. Tschechoslowakei 130 Punkte, 2. Jugoslawien 222 Punkte, 3. Polen 251 Punkte. — **Neue Damenrekorde.** Beim leichtathletischen Damenmeeting, das der Beamten-SK. in Prag-Karolinental veranstaltete, wurden drei neue Rekorde für Damen aufgestellt. Fr. Wejzlikova 2 verbesserte ihren eigenen Weitsprungrekord von 503 auf 510 Zentimeter, Fr. Stramkova warf den Speer zweihändig über die Rekorddistanz von 42.88 Meter und die 4x75 Meterstaffette wurde um 3 Sek. mit 42.1 Sekunden.

**Schwimmen. Krofa.** Im Ländermatch Deutschland-Schweiz siegte die deutsche Mannschaft mit 84 zu 50 Punkten. Die Deutschen siegten in allen Läufen, die Schweizer siegten nur im Wasserpolo 2-1 (1-1).

Herausgeber: Dr. Ludwig Ezech und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei-Gesellschaft Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Soltk.

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

### Das nächste Ernährungsjahr.

Einem Berichterstatter des „Cas“ äußerte sich der Leiter des Ernährungsministeriums Srba über die Ernährungsaussichten der nächsten Zeit. Was die Ernte betrifft, ist diese ziemlich gut ausgefallen, insbesondere wird die Kartoffelernte eine geradezu glänzende sein. Die Hauptfrage bleibt allerdings die freie Getreide- und Viehlausfuhr, weil dadurch das Steigen der inländischen Preise über den Weltmarktpreis verhindert werden kann. Ebenso muß die Einfuhr von Futtermitteln frei bleiben, damit der Preis des Fleisches heruntergehen kann. Im übrigen läßt die gute Ernte in Polen hoffen, daß die Einfuhr von Vieh aus Polen sich heben wird. Wichtig ist für die Fleischversorgung ferner die Errichtung von mehreren großen Schlachthanstalten in der Tschechoslowakei. Was die Errichtung der Konsumtannern betrifft, wird darüber zwischen den politischen Parteien verhandelt. Es besteht der Plan, an die zu errichtende Arbeiterkammer die Konsumentenkammer anzuschließen, so daß wir nach Analogie der Handels- und Gewerbetannern Arbeiter- und Konsumententannern bekommen. Ob die Vorlage aus den Reihen einer Partei oder von der Regierung selbst kommen wird, kann der Minister noch nicht sagen. Das Ministerium für Volksernährung wird vorläufig nicht abgeschafft werden, da die Voraussetzung dafür, die Errichtung von Konsumententannern, noch nicht gegeben ist.

**Die tschechoslowakische Zündhölzerindustrie.** Die Zündhölzerindustrie war — wie wir einem Artikel der „Wirtschaft“ entnehmen — bereits im alten Oesterreich eine ausgeprochene Exportindustrie. Nach der Auflösung der Monarchie verblieben von den in Oesterreich (Ungarn nicht inbegriffen) befindlichen 17 Fabriken 14 auf dem Gebiete der Tschechoslowakischen Republik, abgesehen von sechs slowakischen Fabriken, darunter die größten Unternehmungen in Schüttenhofen. Nicht weniger als 70 Prozent der in der Tschechoslowakei erzeugten Zündhölzer müssen ausgeführt werden, sollen die Fabriken beschäftigt werden. Während in den Jahren 1919 und 1920 nach Polen, Jugoslawien und dem Balkan noch exportiert werden konnte, trat in diesen Verhältnissen zu Anfang des Jahres 1921 infolge einer Aenderung etc. als die jugoslawische Regierung ein Einfuhrverbot erließ und der Export nach Polen infolge des ständigen Sinkens der polnischen Valuta nahezu eingestellt werden mußte. Die Briten machten zwar einen Versuch, das früher bedeutende Exportgeschäft nach Uebersee wieder anzubahnen, was aber auf große Hindernisse stieß, da während des Krieges und in der Nachkriegszeit die japanische Industrie sich in den in Betracht kommenden Gebieten festgesetzt hatte. (Ost- und Westindien.) Diese Verhältnisse betrogen die beiden in der Tschechoslowakei bestehenden großen Gesellschaften, die „Belos“ und „Solo“, sich unter dem Namen Solo zu vereinigen. Zu dem Konzern gehören noch drei österreichische Zündhölzerfabriken, sowie die große chemische Fabrik in Linz, zwei große ungarische Fabriken, zwei slowakische und eine polnische Fabrik.

**Vertragsverhandlungen in der Mühlenindustrie.** Am 31. Juli l. J. erlosch die Gültigkeit des Kollektivvertrages für die Mühlenarbeiter, der im Vorjahre unter schwierigen Verhältnissen mit der Mühlenfachgruppe im Deutschen Hauptverbande der Industrie in Teplitz und unserer Organisation abgeschlossen wurde. In einer am 2. Juli l. J. stattgefundenen Konferenz in Teplitz hatte die Arbeiterschaft aus der Mühlenindustrie zu der Vertragserneuerung Stellung genommen und diesbezüglich Vorschläge für einen neuen Vertrag beschlossen. Diese Vorschläge wurden der Unternehmerorganisation unterbreitet, welche ihrerseits mit Gegenworschlägen antwortete. Aus diesen

**Lato** die beste  
**Milch-Schokolade**  
besorgt den Konsum-Vereinen die  
**G. E. C.**

**Gummi-Regenmäntel**  
von 180.— aufwärts kaufen Sie bestens beim Erzeuger **Wag. J. Reichard, Banská Bystrica, Besuchen Sie mit Karte unverbindl. demüht. Anbot.**

**Tragen Sie der vielen Vorteile wegen**  
**PALMA**  
**Kautschuk Absätze und Sohlen**

